



POSITION // SEPTEMBER 2020

Gesellschaftliche Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Deutschland und mögliche Konsequenzen für die Umweltpolitik

Für Mensch & Umwelt

**Umwelt 
Bundesamt**

Impressum

Die im Dokument enthaltenen Positionen stimmen nicht
zwangsläufig mit denen des Umweltbundesamtes überein.

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Postfach 14 06
06813 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
buergerservice@uba.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 [/umweltbundesamt.de](https://www.facebook.com/umweltbundesamt.de)

 [/umweltbundesamt](https://twitter.com/umweltbundesamt)

 [/umweltbundesamt](https://www.youtube.com/umweltbundesamt)

 [/umweltbundesamt](https://www.instagram.com/umweltbundesamt)

Autoren:

Anne Klatt, Laura Spengler, Kathrin Schwirn,
Christian Löwe

Satz und Layout:

le-tex publishing services GmbH

Publikationen als pdf:

www.umweltbundesamt.de/publikationen

Bildquellen:

Titel: GettyImages/FilippoBacci

Stand: September 2020

ISSN 2363-8273

POSITION // SEPTEMBER 2020

Gesellschaftliche Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Deutschland und mögliche Konsequenzen für die Umweltpolitik

Danksagung

Das Papier wurde im Rahmen einer ad-hoc Task-Force des Umweltbundesamtes zur Corona-Pandemie erarbeitet. Die Autorinnen und Autoren danken den Kolleginnen und Kollegen der UBA-Fachbereiche für zahlreiche Diskussionen und Anregungen zum Papier. Insbesondere geht der Dank an:

Dorothee Arenhövel, Christiane Bunge, Andreas Burger, Lisa Cerny, Katrin Dziekan, Knut Ehlers, Daniel Eichhorn, Angelika Gellrich, Jan Gimkiewicz, Maike Janßen, Ulrich Jöhncke, Franziska Kersten, Larissa Kleiner, Margarethe Kreuser, Dirk Messner, Carsten Neßhöver, Bettina Rechenberg, Arn Sauer, Jens Schönfeld, Patrick Schröder, Hyewon Seo, Kathi Westphal-Settele.

Inhalt

1. Einleitung	6
2. Erste Bestandsaufnahme von umweltpolitisch relevanten gesellschaftlichen Wirkungen der Covid-19-Pandemie in Deutschland	7
2.1 Rolle des Staates und gesellschaftlicher Kontext von Umweltpolitik	7
2.2 Wahrnehmung der Wissenschaft in der öffentlichen Diskussion und Verbreitung der Verschwörungsmymen	8
2.3 Krisenerfahrung, Zusammenhalt und Gemeinwohlorientierung	9
2.4 Wirkung auf Beschäftigung, Einkommen und Verteilungswirkungen	10
2.5 Erfahrungen der Zeitnot und des Zeitwohlstands	12
2.6 Auswirkung der Krise auf gesundheitsrelevante Umweltbelastungen	14
2.7 Auswirkungen im Ernährungssystem	15
2.8 <i>Social distancing</i> als Katalysator der Digitalisierung	17
2.9 Folgen für das Mobilitätssystem	18
2.10 Versorgung mit Gütern, Einkaufsverhalten und Onlinehandel	19
3. Mögliche strategische Ansätze der Umweltpolitik als Konsequenz aus den gesellschaftlichen Veränderungen durch Covid-19	21
3.1 Umweltpolitik so ausrichten, dass sie stärker auch soziale Gerechtigkeit fördert	21
3.2 Gesellschaftliche Wohlfahrt resilient machen	24
3.3 Der One-Health-Ansatz	25
3.4 Neue Dynamik und Aufmerksamkeit in einzelnen Handlungsfeldern nutzen	26
4. Weiterentwicklung des umweltpolitischen Gesellschaftsverständnisses und der Umweltkommunikation	29
Fokus: Verteilungs- und Chancengerechtigkeit	29
Fokus: Demokratisierung und politische Teilhabe	29
Fokus: Kommunikation politikrelevanter wissenschaftlicher Ergebnisse	30

1. Einleitung

Die Covid-19-Pandemie hat das gesellschaftliche Leben in der ganzen Welt plötzlich und heftig verändert. In Deutschland wie auch in anderen Ländern waren vor allem die staatlich angeordneten drastischen Einschränkungen im Rahmen des *social distancing* (bis hin zum *lock down*) zur Eindämmung der Pandemie für alle Menschen deutlich spürbar. Sie haben teilweise radikale Umbrüche in den Alltagspraktiken aller erzwungen. Zwar ist derzeit noch nicht absehbar, in welchem Zeitraum und in welcher Reihenfolge die Eingriffe in das wirtschaftliche und soziale Leben vollständig beendet werden; gleichwohl ist absehbar, dass sie beendet werden. Andere soziale Wirkungen der Pandemie, wie bspw. der Verlust von Arbeitsplätzen in besonders betroffenen Branchen, werden sehr wahrscheinlich längerfristig in die Zukunft hineinwirken. Aber auch Lernerfahrungen, Veränderung von Ansichten und Werten sowie neu angeeignete Fähigkeiten und Praktiken aus der Zeit der Einschränkungen werden wahrscheinlich in der „Zeit danach“ Bestand haben.

Die Dringlichkeit für politisches Handeln zur Abwendung einer weiteren Verschärfung der ökologischen Krisen ist durch die gesellschaftlichen Veränderungen, die die Pandemie bewirkt oder vorübergehend bewirkt hat, nicht geschmälert. Jedoch sollte die Umweltpolitik darauf reagieren, indem sie beispielsweise die Sozialverträglichkeit ihrer Maßnahmen noch systematischer prüft und jetzt synergistische Maßnahmen in den Vordergrund stellt.

Um umweltpolitische Konsequenzen aus gesellschaftlichen Wirkungen der Pandemie zu erörtern, erfolgt in diesem Diskussionsbeitrag eine erste Bestandsaufnahme der gesellschaftlichen Folgen, die wir für die Umweltpolitik als bedeutsam einstufen. Externe Schocks bzw. Krisen können Auslöser oder Katalysatoren von gesellschaftlich wünschenswerten Transformationen, die auch als *bounce forwards*¹ bezeichnet werden, sein. Und die Krise hat – neben den vielfältigen, teilweise gravierenden negativen

sozialen Folgen wie Betroffenheit durch die Erkrankung selbst, Jobunsicherheit, Einkommensverlust, Vereinsamung, häusliche Konflikte, Überforderung durch die zusätzliche Aufgabe, die eigenen Kinder zu betreuen und den Schulstoff zu vermitteln usw. – Bilder und Situationen erzeugt, die in „normalen“ Zeiten utopisch erscheinen: Verkehrsberuhigte Innenstädte, Wildtiere, die sich alte Habitate wieder zurück erobern, völlig andere Zeitverhältnisse, die viel weniger vom Rhythmus der Erwerbsarbeit und sonstiger Termine geprägt sind, eine Reduktion auf das Wesentliche. Wir möchten daher auch auf die Abweichungen von üblichen gesellschaftlichen Routinen, die die Krise erzeugt hat, schauen, um darin nach Ansätzen für die unvermindert dringliche sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft zu suchen. Denn diese Transformation muss zukunftsfähige und global gerechte Lebens- und Wirtschaftsweisen hervorbringen und stellt somit die Frage nach dem, was für ein gutes Leben aller wichtig ist. Eben diese Frage wird im Kontext der Krise intensiv diskutiert.

Obgleich die negativen sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie in vielen Ländern weitaus dramatischer sind und das Welternährungsprogramm beispielsweise vor einer sich anbahnenden Hungersnot in vielen ärmeren Ländern warnt², betrachtet dieser Text nur die gesellschaftlichen Auswirkungen in Deutschland. Die internationale umweltpolitische Dimension der Pandemie wird in einer separaten Publikation adressiert³.

Zu vielen der hier betrachteten Themen erscheinen derzeit laufend neue Daten und sonstige Informationen. Der Recherchezeitraum für dieses Papier ging von April bis Ende Juni 2020.

1 Roth, F. (Hrsg: Fraunhofer ISI – Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI) (2020): Bouncing forward – Wie Erkenntnisse aus der Resilienzforschung in der Corona-Krise helfen können. <https://www.isi.fraunhofer.de/de/blog/2020/resilienz-corona-krise.html>, Giovanni, E. et al. (Hrsg. Joint Research Center) (2020): Time for transformative resilience: the COVID-19 emergency. Download unter https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/JRC120489/resilience_coronavirus_final.pdf

2 WFP – World Food Programme (2020): WFP-Chef warnt vor Hungerpandemie wegen Covid-19 (Erklärung vor dem UN-Sicherheitsrat). <https://de.wfp.org/pressemitteilungen/wfp-chef-warnt-vor-hungerpandemie-wegen-covid-19-vor-un-sicherheitsrat>

3 Ginzky, H., Kosmol, J., Schwirn, K. (2020): Internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik während und nach der Covid-19 Pandemie. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/internationale-umwelt-nachhaltigkeitspolitik>

2. Erste Bestandsaufnahme von umweltpolitisch relevanten gesellschaftlichen Wirkungen der Covid-19-Pandemie in Deutschland

Zum jetzigen Zeitpunkt lassen sich weder die unmittelbaren noch die längerfristigen Wirkungen der Pandemie⁴ umfassend und auf sicherer empirischer Grundlage darlegen. Sie hängen von Entscheidungen ab, die in diesen Monaten getroffen werden, und davon, wie sich das weitere Ausbreitungsgeschehen entwickelt. Die vorliegende Analyse basiert daher auf ersten Befragungsergebnissen, Medienberichten sowie plausiblen Vermutungen über die bisherigen gesellschaftlichen Wirkungen, und in vielen Fällen ist unklar, ob sich die Beobachtungen und Folgen verstetigen oder verflüchtigen.

Dieses Papier bildet nicht sämtliche sozialen Wirkungen ab, sondern nur einen Ausschnitt daraus, der die für umweltpolitisches Handeln relevanten Wirkungen ins Zentrum stellt. Dadurch werden einige Aspekte wie beispielsweise die häusliche Gewalt während der Ausgangsbeschränkungen⁵, aber auch andere wichtige Themen⁶, ausgeschlossen. Dennoch sollten solche gesellschaftlichen Missstände aus unserer Sicht dringend politisch adressiert werden.

2.1 Rolle des Staates und gesellschaftlicher Kontext von Umweltpolitik

Die gesellschaftliche Krisenerfahrung verändert einige gesellschaftliche Bedingungen für politisches Handeln, indem sie beispielsweise Diskurse, Werte und die Erwartung an den Staat verändert. Wie persistent diese Veränderungen sein werden, kann derzeit nicht beantwortet werden.

Um eine antizipierte Krise, nämlich die Überlastung des Gesundheitssystems, zu verhindern, hat der Staat vorsorglich tiefe Einschnitte in persönliche und unternehmerische Freiheiten beschlossen. Umfragen zeigen, dass die Einführung der drastischen Restrik-

tionen nicht nur hingenommen, sondern von einer großen Mehrheit befürwortet wurde.⁷ Einige Wochen nach Inkrafttreten der Maßnahmen stieg zwar die Anzahl von Klagen gegen die Einschränkungen⁸ und Proteste nahmen zu⁹, dennoch bewerteten nach Angaben des ZDF-Politbarometers auch zu diesem Zeitpunkt immer noch 81 % der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung in der Corona-Krise als gut, während nur 13 % sie als schlecht einstufen (Stand 8.5.)¹⁰ Auch im ARD-Deutschlandtrend gaben 67 % der Menschen und damit die deutliche Mehrheit an, zufrieden oder sehr zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung zu sein, gegenüber 32 %, die angaben, weniger oder gar nicht zufrieden damit zu sein (Stand: 7.5.).¹¹

Umweltpolitische Relevanz

Die außergewöhnlich große Zustimmung zum entschiedenen Handeln der Politik zeigt, dass unter bestimmten Bedingungen die Bürgerinnen und Bürger klare, verpflichtende Regeln akzeptieren, auch wenn diese Einschnitte und Veränderungen der Routinen in verschiedenen Lebensbereichen mit sich bringen^{12 13}. Zu diesen Bedingungen könnte gehören, dass ein Bewusstsein für die Krise vorhanden ist, das Ziel klar ist, ein einfaches Narrativ existiert („*flatten the curve*“), die Maßnahmen nachvollziehbar und gut begründet sind und alle gleichermaßen betreffen

4 Der Begriff (Covid-19-)Pandemie wird hier so verwendet, dass er nicht nur die globale Ausbreitung des Virus umfasst, sondern auch die gesellschaftlichen Reaktionen darauf wie die Anpassungen der gesellschaftlichen Verhaltensweisen oder politische Maßnahmen wie das Konjunkturpaket.

5 Steinert, J. und Ebert, C. (2020): Erste große Studie zu Erfahrungen von Frauen und Kindern in Deutschland – Häusliche Gewalt während der Corona-Pandemie. <https://www.tum.de/nc/die-tum/aktuelles/pressemitteilungen/details/36053/>

6 Heisig JP (Hrsg: bpb – Bundeszentrale für politische Bildung) (2020): Corona-Krise: Was sind soziale Folgen der Pandemie? <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/coronavirus/307702/soziale-folgen>

7 zdfheute – Zweites Deutsches Fernsehen (Hrsg.) (2020): ZDF-Politbarometer – Shutdown: Mehrheit gegen schnelle Lockerung. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-coronavirus-shutdown-100-100.html>; YouGov – YouGov Deutschland GmbH (2020): COVID-19-Trackerergebnisse der zweiten April-Hälfte – Zufriedenheit mit Bundesregierung bleibt groß; <https://yougov.de/news/2020/04/22/covid-19-trackerergebnisse-der-zweiten-april-halft/>

8 zdfheute – Zweites Deutsches Fernsehen (Hrsg.) (2020): Corona-Maßnahmen vor Gericht – Die Klagen nehmen zu, die Akzeptanz sinkt. <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/coronavirus-richterbund-klagen-100.html>

9 tagesschau.de – Norddeutscher Rundfunk (Hrsg.) (2020): Bundesweite Demonstrationen – Tausende zu Corona-Protesten erwartet. <https://www.tagesschau.de/inland/corona-demos-107.html>

10 zdfheute – Zweites Deutsches Fernsehen (Hrsg.) (2020): ZDF-Politbarometer Extra – Mehrheit findet jetzige Lockerungen richtig. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/politbarometer-extra-coronavirus-lockerungen-gastronomie-bundesliga-100.html?slide=1588858016258>

11 tagesschau.de – Norddeutscher Rundfunk (Hrsg.) (2020): ARD-DeutschlandTrend: Söder ist der Krisengewinner. https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-2197-magnifier_pos-7.html

12 Loske R (Hrsg. agora²³) (2020): Von der Corona-Krise zur nachhaltigen Wirtschaft – Was zukunftsorientierte Politik jetzt leisten muss. <https://agora42.de/corona-krise-und-nachhaltigkeit-reinhard-loske/>

13 Allerdings nutzten einige Regierungen die Krise auch für einen anhaltenden Abbau demokratischer Institutionen, vgl. Beitrag von Julian Nida-Rümelin in: Cicero – Magazin für politische Kultur (Hrsg) (2020): Das Virus als Sargnagel der Demokratie; <https://www.cicero.de/innenpolitik/corona-krise-zivilkultur-virus-demokratie-sargnagel-rechtsstaat>

(unabhängig vom gesellschaftlichen Status)¹⁴, bzw. (z. B. lokale und regionale) Unterschiede in den Einschränkungen gut begründet sind. Hinzu kam, dass andere Staaten ebenfalls Maßnahmen ergriffen und vor allem, dass emotional bewegende Bilder aus stark betroffenen Staaten, v. a. Italien und den USA, die die Ernsthaftigkeit der Krise deutlich vor Augen geführt haben.

All diese Bedingungen können auch für umweltpolitische Maßnahmen mobilisiert werden. Ein Knackpunkt für die begrenzte Übertragbarkeit dieser Erkenntnisse für die Umweltpolitik sind die zeitlichen Aspekte: die Schnelligkeit des Heraufziehens der Krise und die unmittelbaren Wirkungen für Leben und Gesundheit, die ein zeitaufwändiges deliberatives Aushandeln geeigneter politischer Maßnahmen ausschloss, und auch die zeitliche Begrenzung der Einschnitte. Die ökologische Krise schreitet – zumindest bisher – im Vergleich zur Covid-19-Pandemie schleichend voran. Allerdings könnten womöglich die in Anzahl und Ausmaß zunehmenden Extremwetterereignisse und deren Folgen die Akzeptanz für eine höhere Schnelligkeit gesellschaftlicher Reaktionen erhöhen (vgl. ein anderer Beitrag aus dem UBA zu einer ausführlicheren Gegenüberstellung der Klimakrise und der Pandemie).¹⁵

Im Nachgang könnte die Bewältigung der Krise in Deutschland so interpretiert werden, dass konsequentes staatliches Handeln (zumindest bisher) effektiv eine größere Gesundheitskrise abgewendet hat und dass dieses weit in die Alltagsroutinen eingreifende staatliche Handeln von der Bevölkerung unterstützt wird. Das Empfinden politischer Ohnmacht könnte schwinden und die politische Idee eines handlungsfähigen und entschieden intervenierenden Staates könnte somit gestärkt aus der Krise hervorgehen.¹⁶

2.2 Wahrnehmung der Wissenschaft in der öffentlichen Diskussion und Verbreitung von Verschwörungsmythen

In der Covid-19-Pandemie steht die Wissenschaft deutlich stärker als sonst im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit und der aktuelle Forschungsstand dient unmittelbar als Grundlage für politische Entscheidungen. In der ersten Phase der Ausbreitung des Virus in Deutschland bestand in der Bevölkerung ein großes, gegenüber früheren Erhebungen erheblich gestiegenes Vertrauen in die Wissenschaft: Einer Befragung von Mitte April zufolge vertrauen 73 % der Befragten Wissenschaft und Forschung und auch im Mai bleibt dieser Wert mit 66 % hoch. Im Vergleich dazu gaben 2019 nur 46 % an, dies zu tun¹⁷. Ab Mai hat dennoch im öffentlichen Diskurs die unter anderem auch durch Politiker*innen geübte Kritik an Virolog*innen und an Forschungsergebnissen oder auch an der Auswahl der durch die präsentierten Wissenschaftler*innen vertretenen Disziplinen zugenommen.

Dabei offenbart sich außerhalb der Wissenschaft teilweise ein mangelndes Verständnis der Prozesse wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns. Im Vergleich zu üblichen Zeitläufen in der Wissenschaft verläuft die Generierung von Forschungsergebnissen zu Covid-19 extrem schnell. Aktuelle, zum Teil sogar vorläufige Forschungsergebnisse werden öffentlich intensiv diskutiert. Die dabei zutage tretenden Wissenslücken, Zweifel, widersprüchlichen Ergebnisse und notwendigen Diskussionen zwischen Wissenschaftler*innen sind ein wichtiger Bestandteil auf dem Weg zum Erkenntnisgewinn und nicht ein Zeichen von Inkompetenz, wie in der öffentlichen Diskussion zum Teil der Eindruck erweckt wird. Hervorzuheben ist, dass hier selbst die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse in der Kritik stehen; noch mehr gilt dies für die Empfehlungen für darauf aufbauende gesellschaftliche Reaktionen, bei denen Wissenschaftler*innen zu weniger eindeutigen Ergebnissen kommen, und die dann wiederum als Grundlage für politische Maßnahmen dienen.

¹⁴ Wobei die Möglichkeiten, mit diesen Einschränkungen umzugehen, vom sozialen Status abhängen können. Es lässt sich besser im Homeoffice arbeiten, während die Kinder im eigenen Garten oder großzügigem Kinderzimmer spielen, als in einer engen Wohnung; Kinder mit eigenem Notebook können besser am digitalen Unterricht teilnehmen usw. Vgl. auch Abschnitte 2.4 und 2.7.

¹⁵ Ginzky, H., Löwe, C., Neßhöver, C. (2020): Lehren aus der Corona-Krise: Neue Leit motive für die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik erforderlich? Ein Diskussionsbeitrag. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/lehren-aus-der-corona-krise-neue-leitmotive-fuer>

¹⁶ Deutschlandfunk (Hrsg.) (2020): Was in unserer Gesellschaft wirklich systemrelevant ist; Rosa H im Gespräch mit Fritz S. https://www.deutschlandfunk.de/folgen-der-coronakrise-was-in-unserer-gesellschaft-wirklich.886.de.html?dram:article_id=477022

¹⁷ rb – Robert Bosch Stiftung (Hrsg.) (2020): Hohe Wertschätzung für Wissenschaftler in Zeiten von Corona. <https://www.bosch-stiftung.de/de/news/hohe-wertschaetzung-fuer-wissenschaftler-zeiten-von-corona>, wissenschaft im dialog – Wissenschaft im Dialog gGmbH (Hrsg.) (2020): Wissenschaftsbarometer Corona Spezial. <https://www.wissenschaft-im-dialog.de/projekte/wissenschaftsbarometer/wissenschaftsbarometer-corona-spezial/>

In demokratischen Gesellschaften ist der Streit um den „richtigen“ Umgang mit den verschiedenen Risiken, die vom Virus selbst, aber auch von den politischen Reaktionen zu dessen Eindämmung ausgehen, wichtig und legitim. Allerdings ist eine Vermischung dieser Debatte mit Spekulationen über den Einfluss machtvoller Akteure im Verborgenen auf das Pandemie-Geschehen (Verschwörungsmythen) sowie mit einer in Teilen der Bevölkerung seit Jahren zunehmend artikulierten Ablehnung und Skepsis gegenüber „der Politik“, „den Medien“ und nun auch stärker „der Wissenschaft“ zu beobachten. Laut Umfragen glaubt ein überraschend großer Teil der Bevölkerung, nämlich ca. 20–27 % der Befragten, dass Politik und Medien bei den Gefahren durch Covid-19 und den Maßnahmen dagegen bewusst die Öffentlichkeit täuschen (Stand: Mitte/Ende Mai)¹⁸. Laut Hilfsorganisationen, die Angehörige von Sektenanhängern und Verschwörungsgläubigen beraten, nimmt die Anzahl der Anhänger von Verschwörungsmythen, die dies auch offen kundtun, seit Ausbreitung des neuartigen Coronavirus massiv zu¹⁹. Bereits Anfang Februar warnte die Weltgesundheitsorganisation vor einer „Infodemie“²⁰ angesichts der Verbreitung einer Vielfalt an irreführenden Informationen zum Virus. Die Gründe hierfür sind vielfältig; wichtige Aspekte dabei dürften sein, dass die politischen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung für den Alltag der Menschen sehr einschneidend und zugleich gesamtgesellschaftlich erfolgreich sind und die Gefahren der Pandemie dadurch kleiner erscheinen lassen (Stichwort: Präventionsparadox). Vermutlich trägt auch die öffentliche Teilhabe an dem der wissenschaftlichen Arbeit eigenen Suchprozess zu der Verunsicherung bei, was jedoch nicht zu der Schlussfolgerung führen sollte, dass man eine solche Teilhabe vermeiden sollte.

Umweltpolitische Relevanz

Umweltwissenschaftliche Erkenntnisse, zum Beispiel zum Klimawandel, dienen ebenfalls der Beratung von Politiker*innen, um evidenzinformierte Entscheidungen zum Wohl der Allgemeinheit zu treffen. Hier verdichtet sich die Erkenntnislage seit Jahrzehnten und die Empfehlungen der Wissenschaft an die Politik sind bei vielen Fragen eindeutig, dennoch werden sie deutlich zu langsam oder gar nicht in die Praxis umgesetzt. Die Unterschiede zwischen der Krise aufgrund der Covid-19-Pandemie und der Klimakrise, die zu diesem unterschiedlichen Umgang der Politik mit wissenschaftlichen Ergebnissen führen, sind offensichtlich (vgl. voriger Abschnitt dazu).²¹ Dennoch stellt sich die Frage, was sich aus der Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse in der Pandemie und den öffentlichen Reaktionen darauf für die Umweltwissenschaft und Umweltpolitik lernen lässt, einschließlich des „Umkippens“ der Debatte von Vertrauen in die Wissenschaft zu Kritik und der Popularität von Verschwörungsmythen, und wie sich die Rolle der Wissenschaft im gesellschaftlichen Dialog und in der wissenschaftlichen Politikberatung (zusammen mit anderen „Wissensanbietern“) weiterentwickeln muss. Diese Fragen können wir im vorliegenden Papier nicht beantworten, halten es aber für sehr wichtig, dass sie bearbeitet werden.

2.3 Krisenerfahrung, Zusammenhalt und Gemeinwohlorientierung

Eine im öffentlichen Diskurs vertretene These lautet, dass die Covid-19-Pandemie den sozialen Zusammenhalt stärken könnte, weil sie sichtbar mache, wie sehr das eigene Handeln mit dem Gemeinwohl zusammenhängt, und dass diese Wirkung längerfristig anhalten könne.²² Auch in der Forschung gilt das gemeinsame Durchleben von Krisen wie Kriege und Naturkatastrophen als kooperationsfördernd.²³

Erste empirische Erhebungen zeigen kein klares Bild zur Verstärkung einer prosozialen Einstellung durch die Covid-19-Pandemie. Eine Umfrage des

18 Laut einer Umfrage des Allensbach Instituts aus der 2. Maiwoche beantworten 27 % der Befragten die folgende Frage mit „Ja“: „Man hört ja manchmal, dass es bei den Maßnahmen gegen die Corona-Krise um etwas ganz anderes geht als das, was Politik und Medien sagen. Ist das Ihrer Meinung nach etwas dran, oder ist das Ihrer Meinung nach ein unbegründeter Verdacht?“

Einer Umfrage von Infratest dimap von Ende Mai zufolge meinen ca. 20 %, dass Medien und Politiker die Gefahren durch das Coronavirus bewusst übertreiben, um die Öffentlichkeit zu täuschen.

Vgl. ZEIT ONLINE (2020): Corona-Krise trübt die Stimmung der Deutschen. <https://www.zeit.de/news/2020-05/26/corona-truebt-die-stimmung-afd-waehler-witern-verschwoerung>; Tagesschau.de (2020): 20 Prozent fühlen sich getäuscht. <https://www.tagesschau.de/investigativ/zapp/verschwoerungserzaehlungen-umfrage-101.html>

19 Laufer, D. (Hrsg.: Netropolitik.org) (2020): Wenn die Eltern plötzlich an Verschwörungstheorien glauben; <https://netropolitik.org/2020/wenn-die-eltern-plötzlich-an-verschwörungstheorien-glauben-corona-pandemie/>

20 SZ – Süddeutsche Zeitung (Hrsg.) (2020): WHO klagt über „massive Infodemie“. <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-china-who-01.4782487>

21 Und vgl. Ginzky, H., Löwe, C., Neßhöver, C. (2020): Lehren aus der Corona-Krise: Neue Leit motive für die Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik erforderlich? Ein Diskussionsbeitrag. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/lehren-aus-der-corona-krise-neue-leit-motive-fuer>

22 z.B. Heisig JP (Hrsg. bpb – Bundeszentrale für politische Bildung) (2020): Corona-Krise: Was sind soziale Folgen der Pandemie?; <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/coronavirus/307702/soziale-folgen>, ZEIT ONLINE (Hrsg.) (2020): „Als hätten viele noch nicht kapiert, worum es geht“; Bude H mit Bangel C. <https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2020-03/corona-krise-folgen-neoliberalismus-gerechtigkeit-solidaritaet-heinz-bude>

23 Grimalda G (Hrsg. d i e – Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) (2020): Lessons for Global Cooperation from the COVID-19 Pandemic; <https://blogs.die-gdi.de/2020/04/01/lessons-for-global-cooperation-from-the-covid-19-pandemic/>

Markt- und Meinungsforschungsinstituts YouGov vom 31.03.2020 ergab, dass 40 % der Befragten der Auffassung waren, dass die Krise die Menschen näher zusammengebracht habe, während nur 22 % sagten, sie habe die Menschen weiter entfernt.²⁴ Demgegenüber steht eine aktuelle Studie der Akkon-Hochschule, wonach die Befragten nicht den Eindruck haben, dass in dieser Krise prosoziale Verhaltensweisen zunehmen. Die Einschätzungen der Befragten, dass prosoziale und kooperative (47 %) bzw. antisoziale und egoistische (52 %) Verhaltensweisen zunehmen, halten sich die Waage.²⁵ In früheren Krisensituationen seien, so der Studienleiter, deutlich mehr prosoziale Erfahrungen geschildert worden.²⁶ Als Erklärung hierfür wird angeführt, dass ein gemeinsames Ziel wie z. B. die lokale Schadensbewältigung bei Hochwasser mit gut sichtbaren Schäden die Zusammenarbeit, Gruppenbildung und Kooperation fördere. In solchen Fällen gebe es konkrete Handlungen, die Menschen als wirksame Bewältigungsmaßnahme ausführen können, wie das Befüllen von Sandsäcken.²⁷ Diese Hinweise können Anknüpfungspunkte für umweltpolitische Schlussfolgerungen bieten.

Umweltpolitische Relevanz

Für viele, insbesondere jüngere Menschen in Deutschland ist die Pandemie die bisher drastischste selbst erlebte gesamtgesellschaftliche Krise. Die Selbstverständlichkeit weitgehender Stabilität des Alltags ist verloren gegangen. Wir gehen daher davon aus, dass diese Krisenerfahrung – allen Differenzen der Krisentypen zum Trotz – dabei helfen kann, die Möglichkeit weiterer gesamtgesellschaftlicher Krisen, wie die Klimakrise, besser vorstellbar zu machen. Hierfür müssen entsprechende Argumente und Narrative genutzt werden.

Die Ausprägung von Werten wie Gemeinwohlorientierung, Solidarität und Verantwortungsbewusstsein gegenüber Menschen, die weit weg oder in der Zukunft leben, sind entscheidende Bedingungen für

eine wirksame Nachhaltigkeitspolitik. Denn zum Kern der Idee der nachhaltigen Entwicklung gehört der Gedanke, dass das Wohlergehen anderer davon abhängt, wie sorgsam wir mit den ökologischen Grundlagen umgehen. Individualistisch aufgefasste Glücksvorstellungen können der Nachhaltigkeit zuwiderlaufen. Daher könnte ein Bedeutungszuwachs jener Werte förderlich für die Umweltpolitik sein.

In diesem Zusammenhang relevant ist die Beobachtung, dass die in Bezug auf die Pandemie thematisierte Solidarität überwiegend nur innerhalb der nationalen Grenzen gedacht und praktiziert wird.²⁸ D. h. der Umweltpolitik muss es gelingen, die Geltung des Gemeinwohlgedankens auf künftige Generationen und Menschen jenseits der nationalen Grenzen auszuweiten.²⁹

Wenn prosoziales Verhalten, wie oben erwähnt, auch davon abhängt, ob Menschen mit konkreten, gemeinsamen Handlungen zur Schadensabwehr und -bewältigung beitragen können, dann sollte Umweltpolitik verstärkt darauf hinarbeiten, dass den Bürger*innen der Zugang zu geeignetem Engagement wie beispielsweise Transition-Town-Initiativen³⁰ leichter gemacht wird. Die Umweltbewusstseinsstudie 2018³¹ hat gezeigt, dass der Wunsch, sich ehrenamtlich zu engagieren, derzeit häufig nicht realisiert wird. Ein wichtiger Ansatzpunkt hierfür ist, die Zeit, die für die Erwerbsarbeit aufgewendet wird, zu reduzieren (siehe 3.2).

2.4 Wirkung auf Beschäftigung, Einkommen und Verteilungswirkungen

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im ersten Quartal 2020 bereits um 2,2 % gegenüber dem vorigen Quartal geschrumpft, was den stärksten Rückgang seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 bedeutet, wobei die Monate Januar und Februar von der Pande-

24 YouGov – YouGov Deutschland GmbH (2020): Maskenpflicht, Gesellschaft und Altersheim. <https://yougov.de/opi/surveys/results/#/survey/fe2756b8-7320-11ea-8c65-9daa9383f449/question/34be67a5-7321-11ea-900d-d3fb4a0675b5/toplines>

25 Goersch H. G. et al. (2020): Zwischenbericht „Akkon-Bevölkerungsstudien zu Verwalten, Erleben und Bewältigung der deutschen Bevölkerung in der Corona-Krise; Hrsg. akkon – Hochschule für Humanwissenschaften https://www.akkon-hochschule.de/files/akkon/downloads/publikationen/2020-04-02-Zwischenbericht_Akkon_Studie.pdf (S. 6)

26 tagesschau.de – Norddeutscher Rundfunk (2020): Studie zur Corona-Krise – Was das Virus mit uns macht; Rohwedder W. <https://www.tagesschau.de/investigativ/corona-soziale-folgen-101.html>

27 Ebd.

28 z. B. der Soziologe Stephan Lessenich in der WOZ – Die Wochenzeitung (2020): Auch die Solidarität bleibt daheim <https://www.woz.ch/-a7cd>,

Deutschlandfunk (Hrsg.) (2020): Bietet Corona die Chance für eine bessere Welt? Bude H; Rau M; Götzke M. https://www.deutschlandfunk.de/heinz-bude-vs-milo-rau-bietet-corona-die-chance-fuer-eine.2927.de.html?dram:article_id=474486

29 Vgl. Pissarskoi et al. (2018): Was kann Nachhaltigkeitspolitik vom guten Leben lernen? (Hrsg. Umweltbundesamt) Dessau-Roßlau. UBA Texte 18/2018 Download unter: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/was-kann-nachhaltigkeitspolitik-vom-guten-leben>

30 Transition Network.org. <https://transitionnetwork.org/>

31 Rubik, F. et al. (2019): Umweltbewusstsein in Deutschland 2018 – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage; (Hrsg. BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und UBA – Umweltbundesamt) <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2018>

mie noch kaum beeinträchtigt waren.³² Für das gesamte Jahr 2020 wird derzeit (Mai 2020) eine Schrumpfung des deutschen BIP um 6,3 % prognostiziert.

Die Zahl der Arbeitslosen ist seit März 2020 deutlich gestiegen und lag im Juni bei insgesamt 2.853.000 Personen. Dies entspricht einem Anstieg gegenüber dem Juni im Vorjahr um 637.000 Personen. Die Arbeitslosenquote ist seit März um 1,1 Prozentpunkte auf 6,2 Prozent gestiegen. Gegenüber dem Juni 2019 entspricht dies einem Anstieg um 1,3 Prozentpunkte.³³ Die im März und April bei den Agenturen für Arbeit eingegangenen Anzeigen für Kurzarbeit umfassen insgesamt bis zu 10,1 Millionen Personen und übersteigen die im gesamten Krisenjahr 2009 eingegangenen Anzeigen erheblich.³⁴

In einer Befragung von Personen über 18 Jahren von Ende Mai gab mit 30 % ein großer Teil der Befragten in Deutschland an, aufgrund der Pandemie von einem Verlust beim Erwerbseinkommen betroffen zu sein³⁵. Ein erheblicher Teil der Deutschen machte sich im Mai Sorgen um eine Verschlechterung der eigenen wirtschaftliche Lage durch die Pandemie.³⁶ Gesamtwirtschaftlich ergeben sich zudem Folgen für das Budget der Sozialsysteme durch die verringerte Einzahlung von Beiträgen und Verteilungswirkungen durch die im Rahmen der Konjunkturförderung eingeführten Maßnahmen sowie die später abzubauen-ende Neuverschuldung.

Wie sich die wirtschaftlichen Folgen der Covid-19-Pandemie in der Einkommensverteilung niederschlagen, lässt sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht abschließend einschätzen. Die Finanzkrise 2009 hatte einer aktuellen DIW-Studie³⁷ zufolge kaum bleibende negative Effekte auf die Einkommensniveaus in Deutschland und hat die Einkommensunterschiede nicht vergrößert, da staatliche Unterstützungsleistungen wie das Kurzarbeitergeld die Verteilungswirkungen abgemildert haben. Dies könne, so das DIW, auch jetzt wieder die negativen Folgen auf die Einkommensverteilung begrenzen, sofern die derzeitigen Einschränkungen nicht zu lange Bestand hätten. Laut ersten Studien zur jetzigen Krisensituation betreffen jedoch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen, während vergleichsweise viele Menschen mit Hochschulabschluss die Möglichkeit haben, im Homeoffice ihrer Tätigkeit weiter nachzugehen³⁸. Frauen sind häufiger von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen, da Sektoren, in denen viele Frauen arbeiten, insbesondere das Gastgewerbe und der Kulturbereich, stärker durch die Einschränkungen betroffen sind³⁹. Auch Migrant*innen scheinen von Arbeitsplatzverlust überdurchschnittlich stark betroffen zu sein⁴⁰.

Umweltpolitische Relevanz

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie insbesondere auf den Arbeitsmarkt, die Einkommen und die Sozialsysteme haben zur Folge, dass von einigen Akteuren die Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen als zusätzliche Belastung für Unternehmen und Bürger*innen stärker als vorher in Frage gestellt wird⁴¹. Einer repräsentativen Umfrage von Ende April im Auftrag des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zufolge halten andererseits 22 % der Befragten

32 tagesschau.de – Norddeutscher Rundfunk (Hrsg.) (2020): Wirtschaft schrumpft um 2,2 Prozent. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/statistisches-bundesamt-bip-101.html>

33 Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2020): Der Arbeitsmarkt im April 2020 – Wegen der Corona-Krise stark unter Druck. <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2020-27-der-arbeitsmarkt-im-april-2020>, Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2020): Der Arbeitsmarkt im Juni 2020 – Massiver Einsatz von Kurzarbeit stabilisiert. <https://www.arbeitsagentur.de/presse/2020-34-der-arbeitsmarkt-im-juni-2020>

34 Ebd. Erläuterung dazu: „Im März und bis zum 26. April 2020 wurden bei den Agenturen für Arbeit Anzeigen erfasst für insgesamt bis zu 10,1 Millionen Personen. Das heißt aber nicht, dass diese Menschen schlussendlich auch alle kurzarbeiten werden. Nichts destotrotz ist das eine im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten nie da gewesene Zahl und übersteigt noch um ein Vielfaches die Zahl der Anzeigen während der Rezession 2008/2009. Im gesamten „Krisenjahr“ 2009 gingen bei den Agenturen für Arbeit Anzeigen für 3,3 Millionen Menschen ein.“

35 Laut Statista haben 30 % der Befragten aus Deutschland Einkommensverluste erlitten. Bei 46 % zeigte die Krise bisher keine negativen Auswirkungen auf ihren Verdienst. 2 % gaben an „Weiß nicht“, der Rest gab an, nicht zu arbeiten. Befragung zwischen 25.-31.05.2020, statista – Statista GmbH (Hrsg.) (2020): Haben Sie aufgrund der COVID-19/ Corona-Pandemie Einkommensverluste erlitten? <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1108203/umfrage/persoeliche-einkommensverluste-aufgrund-der-covid-19-corona-pandemie/>

36 Zwei Umfragen hierzu von Anfang/Mitte Mai geben dazu sehr unterschiedliche Ergebnisse aus: einer Allensbach-Befragung aus der 2. Maiwoche zufolge rechnen 46 % der Befragten mit einer Verschlechterung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage durch die Pandemie, dem ARD-Deutschlandtrend vom 07.05.2020 zufolge sind es nur 26 %, die sich darum große oder sehr große Sorgen machen. Vgl. ZEIT ONLINE (2020): Corona-Krise trübt die Stimmung der Deutschen. <https://www.zeit.de/news/2020-05/26/corona-truebt-die-stimmung-afd-waehler-witern-verschwoerung>, tagesschau.de – Norddeutscher Rundfunk (2020): ARD-DeutschlandTrend – Söder ist der Krisengewinner; WDR (Hrsg.). <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-2197.html>

37 Pressemitteilung des DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. vom 29. April 2020: Einkommensungleichheit hat sich vor Corona stabilisiert – Weitere Entwicklung schwer abzusehen. https://www.diw.de/de/diw_01.c.785914.de/einkommensungleichheit_hat_sich_vor_corona_stabilisiert____weitere_entwicklung_schwer_abzusehen.html

38 Universität Mannheim (Hrsg.) (2020): Mannheimer Corona Studie: Starke soziale Ungleichheit bei Home-Office und Kurzarbeit/93 Prozent der Eltern betreuen ihre Kinder zu Hause. <https://www.uni-mannheim.de/newsroom/presse/pressemitteilungen/2020/april/corona-studie-soziale-ungleichheit/>, DW – Deutsche Welle (2020): Studie: Corona-Pandemie vergrößert soziale Ungleichheit; Soric M. <https://p.dw.com/p/3dXkf>

39 Hammerschmid A et al. (2020): Frauen in Corona-Krise stärker am Arbeitsmarkt betroffen als Männer; Hrsg: DIW Berlin – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. https://www.diw.de/de/diw_01.c.789751.de/publikationen/diw_aktuell/2020_0042/frauen_in_corona-krise_staerker_am_arbeitsmarkt_betroffen_als_maenner.html

40 FOCUS Online (Hrsg.) (2020): Zahl der Hartz-IV-Bezieher dürfte steigen: Wirtschaftskrise macht viele Migranten arbeitslos. https://www.focus.de/finanzen/news/hartz-iv-wirtschaftskrise-treibt-migranten-massenhaft-in-arbeitslosigkeit_id_12150125.html

41 z.B. wurden im April von Verbänden aus verschiedenen Branchen Forderungen an die Politik gestellt, dass aufgrund der schwierigen ökonomischen Situation Umweltauflagen ausgesetzt werden müssten.

die Umwelt- und Klimapolitik für den Politikbereich, um den sich die Bundesregierung am dringendsten kümmern sollte⁴². Der Schutz von Umwelt und Natur ist den meisten in der Pandemie gleichermaßen wichtig geblieben, insgesamt ist er aber eher etwas wichtiger geworden⁴³. Dementsprechend sind im öffentlichen Diskurs auch viele Stimmen wahrnehmbar, die fordern, die staatlichen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Abmilderung der Krise ökologisch auszugestalten. Neben kurzfristigen konjunkturpolitischen Maßnahmen, die eine wegweisende Wirkung haben können, ist es dabei für eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft entscheidend, die Rahmenbedingungen entsprechend zu verändern und für den Klima- und Umweltschutz notwendige Maßnahmen sozialverträglich auszugestalten⁴⁴. Auch reduzieren umweltpolitische Maßnahmen, die ggf. Betriebe finanziell belasten, oft die gesamtwirtschaftlichen Kosten, die ein unterlassener Umweltschutz sonst verursachen würde.

Die Verteilungswirkungen der aktuellen Krise sollten durch die Umweltpolitik sehr genau beobachtet werden und umweltpolitische Maßnahmen möglichst so konzipiert werden, dass sie keine negative Verteilungswirkung haben und, wenn möglich, die soziale Gerechtigkeit fördern (siehe Abschnitt 3.1).

Berufe, die eine hohe gesellschaftliche Relevanz für die Gesundheit, Bildung und Lebensqualität der Bevölkerung haben und die mit einem geringen Ressourcenverbrauch einhergehen, werden für die sozial-ökologische Transformation gebraucht. Die Relevanz einiger davon, etwa von Menschen in der Alten-, Gesundheits- und Kinderpflege, Kassierer*innen und Erntehelfer*innen, ist in der Krise sichtbar geworden und wird in Bezug auf ihre dementsprechend völlig unangemessen geringe Bezahlung diskutiert. Daher wäre es aus ökologischer und sozialpolitischer Sicht sinnvoll, dass sich der Applaus für Pflegekräfte und die breite Wahrnehmung der schwierigen Situation der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen in der Pandemie

dauerhaft in einer höheren gesellschaftlichen Wertschätzung, Entlohnung und besseren Arbeitsbedingungen für solche „systemrelevanten“ Berufsgruppen niederschlägt.

Die Corona-Krise zeigt zudem nur etwa zehn Jahre nach der Finanzkrise abermals, wie fragil Wachstumsphasen sind und dass unter anderem aus diesem Grund eine vorsorgliche Politik nach Wegen suchen sollte, um gesellschaftliches Wohlergehen unabhängiger vom Wachstum des BIP zu machen (siehe Abschnitt 3.2).

2.5 Erfahrungen der Zeitnot und des Zeitwohlstands

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie haben für fast alle Menschen die zeitlichen Abläufe des Alltags vorübergehend stark verändert. Einige Berufsgruppen wie Beschäftigte im Lebensmitteleinzelhandel und teilweise medizinisches Personal mussten zeitweise mehr arbeiten und waren während der Arbeit stark belastet. Eltern von kleinen Kindern (darunter überwiegend die Mütter⁴⁵) haben durch die entfallende Kinderbetreuung und Schule die volle Betreuung und Unterstützung bei der schulischen Bildung ihrer Kinder übernommen und mussten ggf. „nebenbei“ ihrer Erwerbsarbeit weiter nachgehen. Andere konnten oder können gar nicht mehr oder nur eingeschränkt arbeiten oder gewinnen Freizeit durch den Wegfall des Wegs zur Arbeit und von Terminen. Für alle sind die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Freizeit durch den Wegfall von Veranstaltungen, Kursen, Einkaufsmöglichkeiten und Verabredungen stark reduziert.

Das Zeitempfinden angesichts dieser Veränderungen kann individuell und die Bewertung subjektiv sehr verschieden sein und dürfte auch stark von Kontextfaktoren wie Sorgen um den Verlust des Arbeitsplatzes, Trauer über Besuchsverbote, Vermissen von sozialem Miteinander, Größe der Wohnung usw. abhängen. Während einige sicherlich die vollständige Aufhebung des Ausnahmezustands herbeisehnen, erleben andere, vor allem wenn sie nicht so sehr unter negativen Folgen der Pandemie leiden, den abfallenden Termindruck in Beruf und Freizeit als

42 BMU (2020), unveröffentlichte Umfrage. Die Gesundheitspolitik wurde von 21 %, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik von jeweils von 11 % bzw. 13 % als wichtigster Politikbereich benannt.

43 Ebd.

44 vgl. Pressemitteilung Nr. 20/2020 des Umweltbundesamtes vom 20.05.2020: Nachhaltig aus der Corona-Krise – UBA legt 15-Punkte-Plan zur Konjunkturbelebung vor – Fokus auf Energie und Mobilität. <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/nachhaltig-aus-der-corona-krise>, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.790248.de/diwkompakt_2020-152.pdf

45 UNI Mannheim (Hrsg.) (2020): Die Mannheimer Corona-Studie: Schwerpunktbericht zu Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung; Möhring K; Naumann E; Reifenscheid M; Blom AG; Wenz A; Rettig T; Lehrer R; Krieger U; Juhl S; Friedel S; Fikel M; Cornesse C; Download unter: https://www.uni-mannheim.de/media/Einrichtungen/gip/Corona_Studie/2020-04-05_Schwerpunktbericht_Erwerbstätigkeit_und_Kinderbetreuung.pdf

positiv. In Medien ist vielfach von einem „Ausstieg aus dem Hamsterrad“ die Rede. In einer Befragung von YouGov gaben 18 % der Befragten an, dass die Entschleunigung des Alltags ein positiver Aspekt der Krise sei; dies ist damit nach den positiven Auswirkungen auf das Klima (28 %) der am zweithäufigsten genannte positive Nebeneffekt der Pandemie (Stand: 13. Mai)⁴⁶. Die (erzwungene) Entschleunigung eröffnet neue Spielräume, lange geplante Dinge in Angriff nehmen zu können, sich in neuen Tätigkeitsfeldern auszuprobieren und für mehr unbezahlte Eigenarbeit, z. B. Familienarbeit, Nachbarschaftshilfe, Gartenarbeit, Dinge reparieren, sich weiterbilden mit Hilfe der vielen Online-Angebote usw. Ob vorhandene Spielräume tatsächlich in dieser Weise genutzt und genossen werden, dürfte ebenfalls individuell sehr unterschiedlich sein⁴⁷. Derzeit liegen unseres Wissens keine repräsentativen empirischen Informationen vor, wie diese Situation in Bezug auf das Zeitempfinden bislang erlebt wird. Hinweise ergeben sich jedoch z. B. aus einer Befragung⁴⁸, in der im April 2020 an 963 erwerbstätige Personen die Frage gestellt wurde: „Falls Sie im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zusätzliche freie Zeit haben, wofür verwenden Sie diese hauptsächlich?“. Die Frage wurde von 77 % beantwortet, die häufigsten Nennungen dabei waren Lesen, Gartenarbeit und Hausarbeit. In der Liste insgesamt finden sich überwiegend positiv besetzte Tätigkeiten.

Umweltpolitische Relevanz

Das Thema Zeitverwendung und Zeitempfinden ist äußerst vielschichtig und weist diverse direkte und indirekte Verknüpfungen zu umweltpolitischen Themen auf⁴⁹. Ein wichtiger Aspekt ist der empirisch vielfach belegte Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzungen, geringerem Einkommen und Umweltentlastung, wobei der genaue Effekt von den Umständen im Einzelfall abhängt und auch Rebound-

Effekte möglich sind⁵⁰. Gerade (aber nicht nur) im Kontext der sozioökonomischen Folgen der Pandemie ist es äußerst wichtig, dieses Thema differenziert zu betrachten: Arbeitszeitreduktionen zugunsten von Zeit für andere Aktivitäten kann für einkommensstärkere Milieus, die durch ihre Lebensweise auch mehr zu Umweltbelastungen beitragen⁵¹, eine kraftvolles und zielführendes Narrativ sein und der teilweise erlebte Zeitwohlstand während des Lock-Downs kann als diskursiver Aufhänger dafür fungieren. Für Menschen, deren Arbeit schlecht bezahlt wird, ist dieses Narrativ hingegen realitätsblind und könnte höchstens in die politische Forderung eingehen, auch diesen Berufsgruppen eine Arbeitszeitverkürzung durch bessere Bezahlung zu ermöglichen⁵².

Ein weiterer, möglicherweise noch bedeutenderer Aspekt der zeitlichen Auswirkungen der Pandemie mit Umweltrelevanz ergibt sich aus der teilweise erlebten Entschleunigung *innerhalb* des beruflichen und privaten Alltags. Die negativen Auswirkungen der sonst üblichen allgemeinen zeitlichen Verdichtung auf verschiedene Elemente von Zufriedenheit und Lebensqualität werden von einigen Soziologen intensiv erforscht.⁵³ Viele Phänomene dieser sozialen Beschleunigung, beispielsweise die hohe Mobilität und kurze Taktung von Innovationen bei Konsumgütern, haben zugleich negative Umweltauswirkungen zur Folge. Es ist plausibel anzunehmen, dass eine dauerhafte und kollektive Reduktion der Anzahl von Aktivitäten (Termine, Reisen, Veranstaltungen, Käufe usw.) zugunsten einer gesteigerten Intensität der Aktivitäten, die erwiesenermaßen eine Erhöhung der Lebensqualität bedeutet⁵⁴, die Schonung von Ressourcen mit sich brächte.

46 YouGov – YouGov Deutschland GmbH (2020): Einer von zehn nimmt eher positive Alltagsveränderungen durch Corona wahr; <https://yougov.de/news/2020/05/20/einer-von-zehn-nimmt-eher-positiv-alltagsverander/>

47 Deutschlandfunk Kultur (Hrsg.) (2020): Entschleunigung durch Corona – Warum die neue Langsamkeit nicht entspannt; Rosa H im Gespräch mit Kassel D. https://www.deutschlandfunkkultur.de/entschleunigung-durch-corona-warum-die-neue-langsamkeit.1008.de.html?dram:article_id=473780

48 vgl. ReZeitKon (2020): Ausgewählte Ergebnisse der Nachbefragung während der Corona-Pandemie im April 2020. <http://www.rezeitkon.de/wordpress/de/ergebnisse/>, FR – Frankfurter Rundschau (Hrsg.) (2020): FR-Serie „Die Welt nach Corona“ – Die Corona-Krise könnte unsere Prioritäten ändern; King V mit Rosa H. <https://www.fr.de/politik/hartmut-rosa-vera-king-corona-krise-koennte-unsere-prioritaeten-aendern-13685349.html>

49 Reisch und Bietz (2015): Zeit für Nachhaltigkeit – Zeiten der Transformation: Elemente einer Zeitpolitik für die gesellschaftliche Transformation zu nachhaltigeren Lebensstilen. (Hrsg. Umweltbundesamt) Dessau-Roßlau. Download unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_68_2014_zeit_fuer_nachhaltigkeit_0.pdf

50 Ebd., S. 19.

51 UBA-Umweltbundesamt (Hrsg.) (2020): Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen). Dessau-Roßlau. Download unter: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/repraesentative-erhebung-von-pro-kopf-verbraeuchen>

52 Anfang 2020 veröffentlichten Destatis-Daten zufolge gibt es mehr Personen, die gerne mehr arbeiten würden, als Personen, die ihre Arbeitszeit gerne reduzieren würden, vgl. Pressemitteilung Nr. 020 des Statistischen Bundesamtes vom 16.01.2020: Arbeitszeitwünsche 2018: 2,2 Millionen Erwerbstätige wollen mehr arbeiten, 1,4 Millionen weniger. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/01/PD20_020_133.html

Allerdings wäre zur Interpretation dieser Daten ein genauer Blick auf die jeweiligen Gründe und Einkommensverhältnisse notwendig. Auch kommen unterschiedliche Befragungen zu dem Thema aufgrund verschiedener Methodik zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen, siehe DESTATIS – Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2017): Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünsche: Unterschiede zwischen Mikrozensus und SOEP; Rengers M; Bringmann J; Holst E. <https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2017/04/arbeitszeiten-arbeitszeitwuensche-042017.html>

53 V.a. die Arbeiten von Hartmut Rosa, z. B. Rosa, H. (2014): Beschleunigung und Entfremdung, Suhrkamp, 2. Auflage, S. 17.

54 Reisch, L. und Bietz (Hrsg. Umweltbundesamt) (2015): Zeit für Nachhaltigkeit – Zeiten der Transformation: Elemente einer Zeitpolitik für die gesellschaftliche Transformation zu nachhaltigeren Lebensstilen. Dessau-Roßlau. Download unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_68_2014_zeit_fuer_nachhaltigkeit_0.pdf, S. 26f.

Die Unterbrechung der Alltagsroutinen und die Entschleunigung könnten als Aufhänger fungieren, das Verhältnis zwischen Zeit für Erwerbsarbeit und Zeit für Familien- und Eigenarbeit und Freizeit sowie die Kollateralschäden der Verdichtung des Alltags gesellschaftlich neu zu diskutieren.

2.6 Auswirkung der Krise auf gesundheitsrelevante Umweltbelastungen

Durch die Pandemie werden verschiedene Zusammenhänge zwischen Umweltbelastungen und der menschlichen Gesundheit sichtbar. Die Beschränkungen im Zuge der Corona-Krise führten zur Abnahme des individuellen Autoverkehrs in Großstädten, des Flugverkehrs und von Kreuzfahrten⁵⁵ (vgl. Abschnitt 2.9). Satellitendaten vom März zeigen eine deutliche Abnahme der NO₂-Belastung beispielsweise für einige deutsche Großstädte.⁵⁶ Allerdings unterliegen die Messdaten großen Schwankungen und es wurde örtlich auch eine (vermutlich wetterbedingte) Zunahme der Stickoxidwerte gemessen. Eine sinnvolle Auswertung ist erst über einen längeren Zeitraum möglich, wenn sich die meteorologischen Einflüsse im Mittel aufheben. Daneben wurde auch ein vorübergehender Rückgang der CO₂-Emissionen aufgrund des Rückgangs von Straßenverkehr und industrieller Produktion durch den Lockdown prognostiziert.⁵⁷ Die Abnahme des Flugverkehrs führt zu einer merklichen Abnahme des Fluglärms⁵⁸. Auch wurde in verschie-

denen Städten eine Abnahme des Straßenlärms wahrgenommen.⁵⁹ Im Gegenzug erhöhte sich laut forsa-Umfragen im Auftrag von „Grün in der Stadt“ und der DBU der Stellenwert städtischer Grünanlagen, Parks und Kleingärten.⁶⁰

Erste Beobachtungen hinsichtlich der gesundheitlichen Auswirkungen von Covid-19-Infektionen deuten auf ein höheres Risiko für Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen hin. Dies ist darin begründet, dass sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen eher Vorerkrankungen aufweisen, die mit einem höheren Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf einhergehen, und bei ihnen weniger Möglichkeiten für ein *social distancing* bestehen⁶¹. Zum anderen lassen Beobachtungen vermuten, dass eine Exposition gegenüber Luftschadstoffen den Körper anfälliger für eine Erkrankung macht⁶². Dass Luftschadstoffe die Infektion der Lunge begünstigen, ist bereits seit längerem bekannt⁶³. In der Debatte zur Umweltgerechtigkeit ist ebenfalls empirisch belegt, dass Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen häufiger höheren Umweltbelastungen ausgesetzt sind als wohlhabende Menschen, weil sie beispielsweise aufgrund niedrigerer Mieten eher an stark befahrenen Straßen wohnen. Außerdem sind sozial benachteiligte Stadtquartiere oftmals schlechter mit

- 55 DER SPIEGEL (Hrsg.) (2020): So leer sind Deutschlands Innenstädte. <https://www.spiegel.de/panorama/coronavirus-wirken-die-ausgangsbeschaerungen-datenanalyse-zum-oeffentlichen-leben-a-3002d1f9-8199-4973-ac04-87722694c2e7>;
tagesschau.de – Norddeutscher Rundfunk (Hrsg.) (2020): Reisen in der Corona-Krise – 85 Prozent weniger Flugverkehr. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/rueckgang-flugverkehr-101.html>
- 56 ESA – THE EUROPEAN SPACE AGENCY (Hrsg.) (2020): Air pollution remains low as Europeans stay at home. http://www.esa.int/Applications/Observing_the_Earth/Copernicus/Sentinel-5P/Air_pollution_remains_low_as_Europeans_stay_at_home;
SZ – Süddeutsche Zeitung (Hrsg.) (2020): Macht die Corona-Pandemie unsere Luft sauberer? <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/verkehr-macht-die-corona-pandemie-unsere-luft-sauberer-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200416-99-721660>;
UBA – Umweltbundesamt (2020): FAQ: Auswirkungen der Corona-Krise auf die Luftqualität. <https://www.umweltbundesamt.de/faq-auswirkungen-der-corona-krise-auf-die-welche-auswirkungen-hat-die-corona-krise-auf-die-luftqualitaet>;
UBA – Umweltbundesamt (2020): Der Einfluss der Corona-Krise auf die Umwelt. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/der-einfluss-der-corona-krise-auf-die-umwelt>
- 57 IEA – International Energy Agency (2020): Global Energy Review 2020. <https://www.iea.org/reports/global-energy-review-2020>
LeQuere et al. (2020): Temporary reduction in daily global CO₂ emissions during the COVID-19 forced confinement – Nature Climate Change. Download hier: https://www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/B2.3_Publications/Other/200518_Schnellsch%C3%A4tzung_CO2-Emissionen_Deutschland.png;
SPIEGEL (Hrsg.) (2020): Weniger Stromverbrauch durch Corona. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/coronavirus-weniger-stromverbrauch-im-ersten-quartal-a-4e0b0146-59cf-4cb7-bd68-52b45a4aa4ee>;
BASt – Bundesanstalt für Straßenwesen (Hrsg.) (2020): Statistik – Verkehrsbarometer: Straßenverkehr auf BAB während der Corona-Pandemie. https://www.bast.de/BASt_2017/DE/Statistik/Verkehrsdaten/Verkehrsbarometer.html?nn=1820340
- 58 FWV (Hrsg.) (2020): Lärmpegel sinkt nur leicht durch weniger Luftverkehr. <https://www.fvw.de/mobilitaet/news/umweltbundesamt-laermpegel-sinkt-nur-leicht-durch-weniger-luftverkehr-208292>

- 59 Stuttgarter Zeitung (Hrsg.) (2020): Die Vögel singen in Stuttgart. <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.weniger-laerm-wegen-corona-diese-voegel-singen-in-stuttgart.311a5ba9-c246-475a-b8e6-58aa99a2ea1a.html>;
ZEIT ONLINE (Hrsg.) (2020): Abstand ist alles. <https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-04/boxen-coronavirus-boxtrainer-alltag-pandemie/seite-2>;
TAZ (Hrsg.) (2020): Wer kriegt hier die Krise? <https://taz.de/Trotz-Corona-die-Nerven-behalten/!5673123/>;
BR (Hrsg.) (2020): Metropole im Ruhemodus: München-Fotos während des Lockdowns. <https://www.br.de/nachrichten/kultur/vorerkrankungen-gesell-muenchen-fotos-waehrend-des-lockdowns,RyxZaE4>
- 60 GRÜN IN DIE STADT (Hrsg.) (2020): In der Corona-Krise offenbart sich der hohe Stellenwert städtischen Grüns. <https://www.gruen-in-die-stadt.de/informieren/vorteile-von-stadtgruen/stadtgruen-ist-wichtiger-denn-je>;
DBU – Deutsche Bundesstiftung Umwelt (Hrsg.) (2020): Repräsentative Umfrage: DBU-Umweltmonitor „Corona-Folgen“. https://www.dbu.de/2985ibook82907_38647_.html
- 61 ZEIT ONLINE (Hrsg.) (2020): Gesundheit ist eine zutiefst ungleich verteilte Ressource; Pausch R mit Richter M. <https://www.zeit.de/gesellschaft/2020-04/risikogruppen-coronavirus-einkommen-gesundheit-vorerkrankungen-gesellschaft>;
tagesschau.de – Norddeutscher Rundfunk (2020): Corona trifft sozial Benachteiligte härter; Delfs S; Kooroshy K. <https://www.tagesschau.de/inland/corona-sozial-schwache-101.html>
- 62 Conticini, E. et al. (2020): Can atmospheric pollution be considered a co-factor in extremely high level of SARS-CoV-2 lethality in Northern Italy? Environmental Pollution. Vol. 261 114465
medRxiv – THE PREPRINT SERVER FOR HEALTH SCIENCES (2020): Exposure to air pollution and COVID-19 mortality in the United States: A nationwide cross-sectional study. <https://doi.org/10.1101/2020.04.05.20054502>
- UBA – Umweltbundesamt (2020): Coronavirus: Bedeutung der Luftverschmutzung. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/gesundheitsumwelteinfluesse-auf-den-menschen/besondere-belastungssituationen/coronavirus-bedeutung-der-luftverschmutzung>
- 63 Z. B. Science Direct (2007): Air pollution particles diminish bacterial clearance in the primed lungs of mice. <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0041008X07002098>

Grünflächen versorgt, die wiederum einen positiven Einfluss auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen haben können.⁶⁴

Umweltpolitische Relevanz

Gesundheit und Wohlbefinden des Menschen hängen in erheblichem Umfang von der Qualität der Umwelt ab⁶⁵. Die aktuellen Daten zur krisenbedingten Abnahme der Stickoxidwerte und des Lärms sind Momentaufnahmen. Der Effekt der Corona-Krise wird hier voraussichtlich nur kurzfristig sein. Dasselbe ist für den Rückgang des Ausstoßes von Treibhausgasen zu erwarten. Denn eine langfristige Verbesserung erreicht man nur mit gezielten klima- und umweltpolitischen Maßnahmen, die Produktions- und Infrastrukturen sowie Konsum- und Mobilitätsmuster dauerhaft verändern. Wenn der Verkehr wieder zunimmt, nehmen auch die Emissionen und der Lärm wieder zu. Für andere Schadstoffe, die bereits in der Umwelt oder in Produkten enthalten sind, wird die Pandemie nicht zu einer vorübergehenden Entlastung geführt haben. Eine spürbare positive Wirkung auf die Gesundheit ist daher nicht zu erwarten. Auch wenn die Zunahme der Qualität von einigen Umweltfaktoren nur kurzfristig ist, bietet die Situation die Möglichkeit, weniger Lärm und saubere Luft im Alltag zu erfahren. Das kann helfen, den Menschen die umwelt- und gesundheitsrelevanten Konsequenzen ihres Handelns näher zu bringen.

Ähnliches betrifft die Pandemie selbst, die die globalen Auswirkungen menschlichen Handelns verdeutlicht. So führt der Eingriff des Menschen in die Natur (zum Beispiel durch Zerstörung von Lebensräumen, Wildtierhandel, Klimawandel), aber auch internationale Transport- und Reisewege und unzureichende Beachtung von Tierwohl und -gesundheit, dazu, dass sich krankheitsübertragende Organismen (z. B. Mücken, Zecken) stärker ausbreiten können oder tierische Krankheitserreger häufiger Gelegenheit

haben, sich von Wildtieren auf den Menschen zu übertragen⁶⁶. Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie ist ein Symptom davon.

Sollten Klima- und Umweltschutzmaßnahmen aufgrund der Corona-Krise nicht weiter vorangetrieben, gelockert oder gar ausgesetzt werden, hätte dies weitreichende Folgen. Zum einen würden die sozialen Ungleichheiten im Zusammenhang mit Umweltbelastungen und damit verbundene Folgen für die Gesundheit verstärkt. Zum anderen wären vor allem die jungen und nachgeborenen Generationen besonders stark betroffen.

2.7 Auswirkungen im Ernährungssystem

Nach Angaben des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) gab es auf dem deutschen Lebensmittel- und auch Futtermittelmarkt keine größeren Störungen in der Versorgung. Lediglich einige Verzögerungen von innereuropäischen Warenlieferungen, beispielsweise infolge von Grenzkontrollen, seien aufgetreten.⁶⁷ Es sind jedoch Preisanstiege, insbesondere beim Obst, Gemüse und Milchprodukten, verzeichnet worden, die v. a. auf eine gestiegene Nachfrage und Engpässe beim Transport und der Verteilung zurückzuführen sind.⁶⁸

Für vulnerable Gruppen innerhalb von Deutschland war einzelnen Medienberichten und Sozialverbänden zufolge⁶⁹ v. a. der Wegfall der für armutsgefährdete Familien kostenlosen Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen und die Einschränkung des Angebots

64 C. Bunge & J. Rehling (2020): Umweltgerechtigkeit in Städten – Empirische Befunde und Strategien für mehr gesundheitliche Chancengleichheit. Informationen zur Raumentwicklung (1), 70–83, G. Bolte et al. (2018): Umweltgerechtigkeit als Ansatz zur Verringerung sozialer Ungleichheiten bei Umwelt und Gesundheit. Bundesgesundheitsblatt 61 (6): 674–683.

65 WHO – World Health Organization (2015): Connecting Global Priorities: Biodiversity and Human Health – A State of the Knowledge Review. Download unter: <https://www.who.int/globalchange/publications/biodiversity-human-health/en/>

66 UBA – Umweltbundesamt (2019): Asiatische Tigermücke. <https://www.umweltbundesamt.de/asiatische-tigermuecke#alternative-bekampfungsmassnahmen>, RKI – Robert Koch Institut (Hrsg.) (2019): West-Nil-Fieber im Überblick. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/W/WestNilFieber/West-Nil-Fieber_Ueberblick.html, UBA – Umweltbundesamt (Hrsg.) (2015): Auswirkungen des Klimawandels auf die Verbreitung krankheitsübertragender Tiere: Importwege und Etablierung invasiver Mücken in Deutschland. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/auswirkungen-des-klimawandels-auf-die-verbreitung>, Ipbes – Deutsche Koordinierungsstelle (2019) (Hrsg.): Globales IPBES-Assessment zu Biodiversität und Ökosystemleistungen. <https://www.de-ipbes.de/de/Globales-IPBES-Assessment-zu-Biodiversitaet-und-Oekosystemleistungen-1934.html>

67 BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.) (2020): Coronavirus – Fragen und Antworten. https://www.bmel.de/SharedDocs/FAQs/DE/faq-corona-virus/FAQ-corona-virus_List.html

68 BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.) (2020): Coronavirus – Fragen und Antworten. https://www.bmel.de/SharedDocs/FAQs/DE/faq-corona-virus/FAQ-corona-virus_List.html, Welt (Hrsg.) (2020): In der Krise werden Lebensmittel teurer; Kaiser T; Interview mit EU Landwirtschaftskommissar Wojciechowski J. <https://www.welt.de/wirtschaft/article207141659/EU-Bauern-koennen-nichts-fuer-steigende-Lebensmittelpreise.html>

69 DW – Deutsche Welle (Hrsg.) (2020): Armut und Corona – die Not wird noch größer; Walther TC. <https://www.dw.com/de/armut-und-corona-die-not-wird-noch-gr%C3%B6%C3%9Fer/a-53035404>, zdfheute – Zweites Deutsches Fernsehen (2020): Sorge um wachsende Kinderarmut – Wenn das Geld für Essen nicht reicht; Houben L (Hrsg.). <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/corona-krise-kinder-armut-hartz-4-100.html>

vieler Tafeln⁷⁰ eine finanzielle Belastung.⁷¹ In deutlichem Gegensatz zu den insgesamt relativ geringen Auswirkungen der Pandemie auf die Lebensmittelversorgung in Deutschland stehen die Prognosen für die Versorgung der Menschen in Ländern mit geringem Durchschnittseinkommen und schwachen Sozialsystemen, insbesondere Menschen in Krisengebieten, Migrant*innen, Vertriebene, in informellen Sektoren Arbeitende usw. Die zuständigen Organisationen warnen vor einer deutlichen Ausweitung der globalen Hungerkrise, insbesondere auch als Folge der sozio-ökonomischen Verwerfungen der Pandemie.⁷²

In der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland wirkt sich die Covid-19-Pandemie vor allem stark auf Schlachtbetriebe und Erntearbeit aus. Dort werden viele Saisonarbeiter*innen aus Osteuropa beschäftigt. Wegen zunächst fehlender Erntehelfer*innen infolge der Reisebeschränkungen wurden die Aufenthalts- und Einreisebestimmungen gelockert. In mehreren Schlachtbetrieben haben sich Covid-19-Infektionen ausgebreitet, da die Menschen oft in engen Sammelunterkünften leben.⁷³ Die Schlachtbetriebe stehen wegen der schlechten Arbeits- und Unterkunftsbedingungen seit Jahren in der Kritik.⁷⁴

Vor allem in internationalen Medien wird diskutiert, inwiefern sich zunehmende Antibiotikaresistenzen auf die Mortalität der SARS-CoV-2 auswirken könnten⁷⁵. Eine wissenschaftliche Untersuchung hat gezeigt, dass bakteriell bedingte Sekundärinfektionen für die Mehrheit der Todesfälle während der sog. „Spanischen Grippe“ verantwortlich waren.⁷⁶ Wie gut diese behandelbar sind, hängt auch davon ab, ob die Erreger Resistenzen gegenüber Antibiotika entwickelt haben. Der Einsatz von Antibiotika in der Human- und Veterinärmedizin über das medizinisch notwendige Maß hinaus und der Umgang mit Gülle und Wirtschaftsdüngern können zur Entstehung und Ausbreitung von Antibiotikaresistenzen beitragen⁷⁷ und Resistenzen können sich zwischen Tieren, Menschen und der Umwelt rasch verbreiten.⁷⁸ Zwar liegen uns derzeit noch keine gesicherten Informationen zur Rolle von Antibiotikaresistenzen bei schweren Verläufen der SARS-CoV-2-Infektion vor. Dennoch erscheint es plausibel, dass die Behandlungsbedingungen besser sind, wenn die Gefahr von Antibiotikaresistenzen gering ist.

SARS-CoV-2 wurde zwar nicht wie andere Zoonosen durch die Nutztierhaltung verbreitet. Gleichwohl wird angenommen, dass das Risiko für Zoonosen im Allgemeinen durch die Intensität der Nutztierhaltung⁷⁹ und

70 TAFEL Deutschland (Hrsg.) (2020): Lagebericht vom 02.04.2020 der Tafeln in Deutschland. http://www.tafel.de/fileadmin/media/Themen/Coronavirus/2020-04-02_Lagebericht_Tafel_Deutschland_2._Auflage.pdf

71 Sozialverbände fordern u. a. deswegen einen vorübergehenden Aufschlag auf die SGB-II-Regelsätze,

Pressemeldung des Paritätischen Gesamtverbands vom 20.03.2020: Corona: Paritätischer fordert Zuschlag auf Regelsätze in der Grundsicherung; Stilling G. <https://www.der-paritaetische.de/service-navigation/suche/suchergebnis/corona-paritaetischer-fordert-zuschlag-auf-regelsaetze-in-der-grundsicherung/>, Diakonie (Hrsg.) (2020): Ende der Corona-Pandemie noch nicht in Sicht: Arme Kinder und ihre Familien in der Krise mit Soforthilfen materiell absichern! https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Pressemitteilung_PDF/Erklaerung_Arme_Kinder_und_ihre_Familien_in_der_Corona-Krise.pdf

72 WFP – World Food Programme (Hrsg.) (2020): WFP-Chef warnt vor Hungerpandemie wegen COVID 19 (Erklärung vor dem UN-Sicherheitsrat). <https://de.wfp.org/pressemitteilungen/wfp-chef-warnt-vor-hungerpandemie-wegen-covid-19-vor-un-sicherheitsrat>, FAO – Food and Agriculture Organization of the United Nations (Hrsg.) (2020): Novel Coronavirus (COVID-19). <http://www.fao.org/2019-ncov/q-and-a/impact-on-food-and-agriculture/en/>, WFP – World Food Programme (Hrsg.) (2020): COVID-19 L3 Emergency External Situation Report #06. Download unter: https://docs.wfp.org/api/documents/cc9c32f64353429fb2f6b2b0d36a00ef/download/?_ga=02.240182081.37216817.1589284250-1874631449.1589284250, IFPRI – International Food Policy Research Institute (2020): Poverty and food insecurity could grow dramatically as COVID 19 spreads; Laborde D; Martin W; Vos R (Hrsg.), <https://www.ifpri.org/blog/poverty-and-food-insecurity-could-grow-dramatically-covid-19-spreads>

73 DW – Deutsche Welle (Hrsg.) (2020): Fleischindustrie wird zum Corona-Brennpunkt in Deutschland. <https://www.dw.com/de/fleischindustrie-wird-zum-corona-brennpunkt-in-deutschland/a-53372663>, tagesschau.de – Norddeutscher Rundfunk (2020): „Unhaltbare Zustände“; Bognanni M (WDR), Lambrecht O (NDR) (2020). <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/fleisch-mitarbeiter-infiziert-101.html>, NDR – Norddeutscher Rundfunk (Hrsg.) (2020): Weil kündigt Corona-Tests in Fleischindustrie an. <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Weil-kuendigt-Corona-Tests-in-Fleischindustrie-an,schlachthof516.html>, SZ – Süddeutsche Zeitung (Hrsg.) (2020): Schlachthöfe entwickeln sich zu Corona-Brennpunkten. <https://www.sueddeutsche.de/politik/schlachthoefe-coronavirus-fleischindustrie-01.4902646>, ZEIT ONLINE (Hrsg.) (2020): Die Schlächter <https://www.zeit.de/2012/09/Fleisch-Schlachten/seite-2>

75 Antibiotic Research UK (Hrsg.) (2020) Antibiotic Research UK, coronavirus (COVID-19), bacterial infection and antibiotic resistance. <https://www.antibioticresearch.org.uk/our-charity-coronavirus-covid-19-bacterial-infection-and-antibiotic-resistance/>

NPR (Hrsg.) (2020): Why Antibiotic Resistance Is More Worrisome Than Ever. Interview mit M. Zaman <https://www.npr.org/sections/goatsandsoda/2020/05/14/853984869/antibiotic-resistance-is-still-a-top-health-worry-its-a-pandemic-worry-too>, Jpiamr – Joint Programming Initiative on Antimicrobial Resistance (Hrsg.) (2020): Considerations for AMR in the Covid-19 pandemic. <https://www.jpiamr.eu/considerations-for-antibiotic-resistance-in-the-covid-19-pandemic/>

76 NCBI – US National Library of Medicine National Institutes of Health (Hrsg.) (2020): Predominant Role of Bacterial Pneumonia as a Cause of death in Pandemic Influenza: Implications for Pandemic Influenza Preparedness. <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC2599911/>, THE LANCET (Hrsg.) (2020): Co-infections: potentially lethal and unexplored in COVID-19. [https://www.thelancet.com/journals/lanmic/article/PIIS2666-5247\(20\)30009-4/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lanmic/article/PIIS2666-5247(20)30009-4/fulltext)

77 UBA – Umweltbundesamt (Hrsg.) (2018): Antibiotika und Antibiotikaresistenzen in der Umwelt. Dessau-Roßlau. Download unter: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/antibiotika-antibiotikaresistenzen-in-der-umwelt>, FAO – Food and Agriculture Organization of the United Nations (Hrsg.) (2018): Transforming the livestock sector through the Sustainable Development Goals. <http://www.fao.org/3/CA1201EN/ca1201en.pdf>

78 RKI – Robert Koch Institut (Hrsg.) (2019): Das One-Health-Konzept. <https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/Antibiotikaresistenz/One-Health/One-Health-Konzept.html>

79 IPES FOOD – International Panel of Experts on sustainable Food Systems (Hrsg.) (2020): COVID 19 and the crisis in food systems: Symptoms, causes, and potential solutions. http://www.ipes-food.org/_img/upload/files/COVID-19_CommuniqueEN.pdf, FAO – Food and Agriculture Organization of the United Nations (Hrsg.) (2018): Transforming the livestock sector through the Sustainable Development Goals. <http://www.fao.org/3/CA1201EN/ca1201en.pdf>

UNEP – UN Environment Programme (Hrsg.): Zoonoses: Blurred Lines of Emergent Disease and Ecosystem Health. <https://wedocs.unep.org/bitstream/handle/20.500.11822/32060/zoonoses.pdf?sequence=1&isAllowed=y>

die Degradierung natürlicher Habitate⁸⁰ erhöht wird, für die die Produktion tierischer Lebensmittel mit ihrem vergleichsweise hohen Flächenbedarf einer der wesentlichsten Treiber in den vergangenen Dekaden war.⁸¹

Umweltpolitische Relevanz

Wie die Analyse zeigt, legt der Kontext der Pandemie nahe, die umweltpolitisch äußerst relevante Nutztierhaltung zu thematisieren und den umweltpolitischen Forderungen insbesondere nach Verbesserungen beim Antibiotikaeinsatz, der Intensität der Haltung und das Ausmaß des Konsums und der Produktion tierischer Lebensmittel neues diskursives Gewicht zu verleihen.

Die derzeit anlässlich der Covid-19-Infektionen in Schlachtbetrieben intensiv geführte Debatte über die schlechten Arbeits- und Unterkunftsbedingungen in diesen Betrieben bietet die Chance für eine umwelt-, gesundheits- und sozialpolitische Allianz: Die niedrigen Preise von Fleisch- und Wurstwaren sind nur durch die Externalisierung von sozialen und ökologischen Folgekosten möglich. Würden sie durch eine Verbesserung der Produktionsstandards internalisiert werden, und somit das Preisniveau insbesondere im Billigsegment steigen, ist von einem Rückgang des Konsums auszugehen. Das wäre in Bezug auf die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland und die Einhaltung regionaler und globaler ökologischen Belastbarkeitsgrenzen ein wichtiger Erfolg.

Die Krise hat darüber hinaus zu einem vermehrten Nachdenken über Resilienz von wichtigen Versorgungssystemen geführt, auch in Bezug auf Lebensmittel. Hierbei könnten Synergien mit umweltpolitischen Zielen entstehen, wenn dafür auf Diversifizierung bzw. Rücknahme der Spezialisierung⁸² gesetzt wird. Vor allem aber sollte Umweltpolitik den

Diskurs zur Resilienz nutzen, um die Vorsorge gegenüber den Folgen des Klimawandels für die Landwirtschaft voranzubringen. Dass derzeit in Deutschland nach 2018 und 2019 wieder eine Dürresituation messbar ist,⁸³ die sich als Sorgen um die Ernte im agrarpolitischen Diskurs niederschlägt⁸⁴, öffnet das Gelegenheitsfenster für politische Maßnahmen für derartige Verbesserungen in der Landnutzung noch weiter.

2.8 Social distancing als Katalysator der Digitalisierung

Durch die in der Folge des Covid-19-Ausbruchs umgesetzten Maßnahmen des *social distancing* wurden Einschränkungen des Soziallebens Realität, die in dieser drastischen Form in den meisten demokratischen Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg nicht erlebt wurden. Der persönliche soziale Kontakt wurde wochenlang für weite Teile der Bevölkerung abgesehen von notwendigen Wegen und Erledigungen überwiegend auf die Familie bzw. den Haushalt eingeschränkt.

Teilweise wird der persönliche Kontakt im Privaten, in der Arbeitswelt, in der Bildung usw. durch andere Kommunikationswege mit Hilfe von Telefon und internetbasierten Werkzeugen ersetzt. Der geschätzte Anteil der Arbeitnehmer*innen im Homeoffice Ende März bis Mitte April 2020 reicht von 15 % bis 49 %, wobei Unterschiede in den Angaben u. a. darin bestehen, ob die Betroffenen ausschließlich oder verstärkt von Zuhause aus arbeiten⁸⁵. Sowohl im Beruflichen wie auch im Privaten werden zum Teil bereits zuvor eingeübte Verhaltensweisen intensiviert bzw. von

80 IPBES – Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services (Hrsg.) (2020): IPBES Guest Article: Covid-19 Stimulus Measures Must Save Lives, Protect Livelihoods, and Safeguard Nature to Reduce the Risk of Future Pandemics <https://ipbes.net/covid19stimulus>, WHO – World Health Organization (Hrsg.) (2015): Connecting Global Priorities: Biodiversity and Human Health. <https://www.who.int/globalchange/publications/biodiversity-human-health/en/>

81 FAO – Food and Agriculture Organization of the United Nations (Hrsg.) (2018): Transforming the livestock sector through the Sustainable Development Goals. <http://www.fao.org/3/CA1201EN/ca1201en.pdf> S. 122

82 EU-Landwirtschaftsminister Wojciechowski: „Corona ist für die Bauern ein Weckruf. Die starke Spezialisierung vieler Betriebe wird in der Corona-Krise zum Problem. Unsere Lehre für die Zukunft muss sein, dass die Politik Landwirte dazu ermuntert, sich weniger stark zu spezialisieren.“ WELT (2020): „In der Krise werden Lebensmittel teurer“, Kaiser T (Hrsg.). <https://www.welt.de/wirtschaft/article207141659/EU-Bauern-koennen-nichts-fuer-steigende-Lebensmittelpreise.html>

83 UFZ – Helmholtz Zentrum für Umweltforschung (2020): Dürremonitor Deutschland; Marx M (Hrsg.). <https://www.ufz.de/index.php?de=37937> (abgerufen am 23.05.20)

84 Agrarheute (2020): Trockenheit: Das zeigt die aktuelle Dürrekarte 2020; Deutsch D (Hrsg.). <https://www.agrarheute.com/land-leben/trockenheit-zeigt-aktuelle-duerre-karte-2020-567886>, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (2020): Droht 2020 die nächste Dürre? <https://www.praxis-agrar.de/umwelt/klimawandel-und-klimaschutz/droht-2020-die-naechste-duerre/>, tagesschau.de – Norddeutscher Rundfunk (Hrsg.) (2020): „Gefahr einer neuen Dürre wächst“. <https://www.tagesschau.de/inland/duerre-landwirtschaft-105.html>

85 bitkom (Hrsg.) (2020): Homeoffice in Zeiten der Corona-Pandemie. <https://www.bitkom.org/Themen/Corona/Homeoffice-in-Zeiten-der-Corona-Pandemie>, ZEIT ONLINE (Hrsg.) (2020): Recht auf Homeoffice auch nach Corona. <https://www.zeit.de/arbeit/2020-04/hubertus-heil-homeoffice-gesetz-corona-wahlmoeglichkeit>, DLR – Institut für Verkehrsforschung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (Hrsg.) (2020): DLR-Befragung: Wie verändert Corona unsere Mobilität? Verkehrsmittelnutzung, Einkaufs-, Arbeits- und Reiseverhalten. <https://verkehrsforschung.dlr.de/de/news/dlr-befragung-wie-veraendert-corona-unsere-mobilitaet>, BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (Hrsg.) (2020): Zwischenbilanz COVID-19: Umweltpolitik und Digitalisierung. https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Digitalisierung/zwischenbilanz_covid19_bf.pdf

anderen Personenkreisen neu erprobt, einschließlich der Anschaffung zusätzlicher Technik, teilweise aber auch gänzlich neue Wege gegangen.

Umweltpolitische Relevanz

Die Einschränkungen durch die soziale Distanzierung sind zwar vorübergehend, jedoch ist davon auszugehen, dass die neu erprobten Kommunikationsmethoden aufgrund neu angeschaffter technischer Ausstattung und geänderter Gewohnheiten über die Krise hinaus beibehalten werden, ggf. auch zusätzlich zum dann wieder aufgenommenen persönlichen Kontakt.

Mit Blick auf Umweltbelastungen ergibt sich daraus einerseits in Bezug auf die Arbeitswelt die Chance einer dauerhaften Verringerung von Pendlerverkehr und Dienstreisen durch dauerhaft etabliertes gelegentliches Homeoffice und mehr Routine mit Video-/Telefonkonferenzen. Durch die Erfahrung während der Krise könnte sich zudem eine gewisse Wertschätzung für das reduzierte Termin- und Reisepensum einstellen. Im privaten Bereich ist es eher unwahrscheinlich, dass persönliche Besuche dauerhaft durch virtuelle Kommunikationswege ersetzt werden.

Andererseits besteht das Risiko, dass aufgrund neuer Routinen Videokonferenzen zusätzlich Einzug halten, wo bislang nur telefoniert wurde, sowie die zusätzliche Nutzung von Streaming-Angeboten sich dauerhaft etabliert und hierdurch ein erhöhter Energieverbrauch entsteht. Unter Umständen kann zudem das Arbeiten von Zuhause aus in der Gesamtschau zu größeren Umweltbelastungen führen, hier kommt es sehr auf die Rahmenbedingungen an: Unter anderem Ausrüstung mit zusätzlicher Technik, Entfernung vom Arbeitsplatz, ansonsten verwendetes Verkehrsmittel, zusätzlich vorgehaltene Fläche in Wohnungen für Arbeitszimmer (und ggf. demgegenüber reduzierte Büroflächen⁸⁶), Datenübertragung sowie mögliche Rebound-Effekte, falls man aufgrund der Möglichkeit, auch von Zuhause zu arbeiten, immer weiter weg vom Arbeitsort wohnt und dann öfter sehr weite Strecken dorthin fährt.

Einige wichtige Möglichkeiten des sozialen Miteinanders lassen sich jedoch grundsätzlich nicht digitalisieren, beispielsweise die Kinderbetreuung und Pflege, Mannschaftssport, der Besuch von Restaurants oder das gemeinsame Erleben von Kulturveranstaltungen vor Ort. Ein Sterben wichtiger Institutionen des Soziallebens (z. B. Vereine, Restaurants, Kulturbetriebe) wäre nicht nur gesellschaftlich ein großer Verlust, sondern auch tendenziell umweltschädlich, wenn sich dieser „soziale Konsum“ zugunsten eines höheren Konsums an materiellen Gütern verschiebt⁸⁷.

2.9 Folgen für das Mobilitätssystem

Die soziale Distanzierung hat auch dazu geführt, dass ab Mitte März die Mobilität der Bevölkerung sowohl im Alltag als auch bei Reisen vorübergehend deutlich zurückgegangen ist. Die Belastung durch den Autoverkehr in Großstädten hat vorübergehend abgenommen, insbesondere zu den sonst üblichen Stoßzeiten⁸⁸. Ein dramatischer Einbruch ist Mitte April beim ÖPNV mit über 75 % Rückgang der zurückgelegten Kilometer gegenüber dem Betrieb zu normalen Zeiten zu verzeichnen⁸⁹, was sich neben der insgesamt reduzierten Mobilität auch auf die Sorge vor Ansteckung mit dem Virus im ÖPNV selbst zurückführen lässt. Der Flugverkehr ist am stärksten um über 90 %⁹⁰ (Anzahl der Flüge; Stand April 2020) zurückgegangen. Anteilig hat der Autoverkehr durch den Rückgang beim ÖPNV hingegen zugenommen. Einer Anfang April durchgeführten DLR-Befragung zufolge bedauerten es zu diesem Zeitpunkt 32 % der Personen ohne Auto im Haushalt, kein Auto zu haben, und 6 % aus dieser Gruppe dachten aufgrund der Pandemie sogar über die Anschaffung eines Pkw nach⁹¹. Aber auch der Fuß- und Radverkehr haben etwas zugenommen, wobei zu beachten ist, dass der Beginn der Einschränkungen in eine bundesweite Schönwetterphase fiel, was prinzipiell zu mehr Fuß- und Radverkehr führt.

⁸⁶ Die Allianz beispielsweise will aufgrund der Erfahrungen während der Pandemie ihre Bürofläche erheblich reduzieren, vgl. Versicherungsbote (Hrsg.) (2020): Allianz will mehr Homeoffice und weniger Reisen. <https://www.versicherungs-bote.de/id/4895070/Allianz-Homeoffice-und-weniger-Reisen/>

⁸⁷ Tukker A. et al. (2006): Environmental Impact of Products (EIPRO): Analysis of the life cycle environmental impacts related to the final consumption of the EU-25s. Report for the European Commission.

⁸⁸ Infas & Motiontag, Ergebnisse aus Beobachtungen per Mobilitätstracking bis Mitte April SZ – Süddeutsche Zeitung (Hrsg.) (2020): Freie Fahrt; Kunkel C; Witzemberger B. <https://www.sueddeutsche.de/auto/verkehr-stau-corona-01.4857721>

⁸⁹ Infas (Hrsg.) (2020): Die Mobilität und Corona: Schneller als gedacht zurück zur Normalität? <https://www.infas.de/neuigkeit/die-mobilitaet-und-corona-kaum-oepnv-viel-fahrrad-und-immer-noch-auto/>

⁹⁰ zdfheute – Zweites Deutsches Fernsehen (2020): Die Pandemie trifft den Luftverkehr hart; Waldow M (Hrsg.). <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/coronakrise-luftfahrt-zahlen-fakten-100.html>

⁹¹ DLR – Institut für Verkehrsforschung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (Hrsg.) (2020): DLR-Befragung: Wie verändert Corona unsere Mobilität? Verkehrsmittelnutzung, Einkaufs-, Arbeits- und Reiseverhalten. <https://verkehrsforschung.dlr.de/de/news/dlr-befragung-wie-veraendert-corona-unsere-mobilitaet>

Bei Verkehrsangeboten zur geteilten Nutzung hinterlässt die Covid-19-Pandemie unterschiedliche Wirkungen. Zunächst ist die Nachfrage hier überwiegend eingebrochen aufgrund von Ängsten, sich bei der Nutzung anzustecken. Mittlerweile scheinen aber Angebote wie E-Tretroller und Leihräder auch von der verringerten ÖPNV-Nutzung zu profitieren, und nach zeitweise erheblichen Umsatzeinbußen erholen sich auch Car-Sharing Angebote langsam wieder⁹².

Einige Städte weltweit haben den Rückgang beim motorisierten Verkehr für spontane Umwidmungen von Straßenflächen für den Fuß- und Radverkehr genutzt, damit die Menschen ausreichend Abstand zueinander halten können sowie um den ÖPNV zu entlasten⁹³. In Berlin wurden durch Absperrung von Autospuren mind. 15 km, in Bogotá sogar auf 100 km temporäre Radwege entlang großer Straßen eingerichtet. In Berlin wurden außerdem sonntags bis zu 18 Straßen gesperrt, um temporäre Spielstraßen zur Entlastung der Spielplätze einzurichten⁹⁴. In Brüssel und Wien wurde dem Fuß- und Radverkehr in schmalen Innenstadtstraßen bzw. ganzen Quartieren Vorrang eingeräumt und Autos wurden verpflichtet, langsamer zu fahren. In Dublin wurden Parkbuchten vorübergehend abgeschafft, um die Sicherheit und den Platz auf Radwegen zu erhöhen. Weitere Städte folgten diesen Beispielen. Die zunächst vorübergehenden Experimente könnten bleibende Spuren hinterlassen. Berlin plant, die provisorischen Strecken nach und nach in sichere Radwege umzubauen, auch da es sich hierbei um ein Vorziehen bereits fertig geplanter Infrastrukturveränderungen handelt.

Umweltpolitische Relevanz

In der Zeit der jeweils stärksten Einschränkungen hat es weltweit insgesamt einen Rückgang der CO₂-Emissionen des Transportsektors (ohne Luftfahrt) um etwa

50 % im Vergleich zu 2019 gegeben⁹⁵. Die Ruhe, die Verbesserungen der Luftqualität und auch der vorübergehend in Städten gewonnene Raum empfanden viele als positiv (vgl. dazu auch Abschnitt 2.6).

Insgesamt ist derzeit noch offen, welche bleibenden Folgen aus der Pandemie sich im Mobilitätssektor zeigen werden und welche weiteren Konsequenzen eine mögliche zweite Welle der Pandemie hier hätte. Eine ökologisch ausgerichtete Verkehrspolitik kann die Entwicklung bei verschiedenen Verkehrsmitteln entscheidend beeinflussen. Relevant ist aber nicht nur die Frage, welche Verkehrsmittel ggf. dauerhaft profitieren bzw. weniger in Anspruch genommen werden, sondern auch, ob die Erfahrung des Zuhausebleibens bewirkt, dass mehr Menschen die Notwendigkeit von Mobilität im Alltag, bei Dienstreisen und bei Urlaubsreisen überdenken. Welche Mobilität ist wünschenswert und welche ist eher belastend und verzichtbar? (vgl. hierzu Abschnitt 2.8). Die gesamtwirtschaftlichen Folgen der Krise könnten darüber hinaus auch dazu führen, dass kostspielige Mobilität wie Fernreisen und Dienstreisen für eine längere Zeit in geringerem Umfang als vorher in Anspruch genommen wird.

2.10 Versorgung mit Gütern, Einkaufsverhalten und Onlinehandel

Auch der Zugang zu Einkaufsmöglichkeiten wurde abgesehen von Lebensmitteln und Gütern des alltäglichen Bedarfs durch die pandemiebedingten Einschränkungen vorübergehend erheblich beeinträchtigt. Echte Engpässe der Versorgung mit notwendigen Gütern – abgesehen vom kurzfristigen Phänomen des „Hamsterns“ als Ursache – sind in Industrieländern allerdings nicht zu beobachten gewesen. Die längerfristigen Wirkungen bei Gütern, die von internationalen Lieferketten abhängen, beispielsweise bei Arzneimitteln, sind derzeit noch nicht abschätzbar.

Unabhängig von den bereits erfolgten Lockerungen im Einzelhandel ist die Bereitschaft, größere Anschaffungen zu tätigen, durch Einkommensausfälle oder die Angst davor auf ein historisches Tief

92 WN – Westfälische Nachrichten (Hrsg.) (2020): Mehr Chance als Schaden? Sharing in der Corona-Krise. <https://www.wn.de/Specials/Coronavirus/4204792-Raeder-Roller-Autos-Mehr-Chance-als-Schaden-Sharing-in-der-Corona-Krise>
Carsharing (Hrsg.) (2020): Die deutschen CarSharing-Anbieter reagieren auf die Corona-Krise. Im Vordergrund steht dabei der Gesundheitsschutz für Kund*innen und Mitarbeiter*innen. <https://www.carsharing.de/carsharing-waehrend-corona-krise>

93 NDR – Norddeutscher Rundfunk (Hrsg.) (2020): Corona: Verkehr neu denken durch die Krise; Corall A; Welzel S. <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Corona-Verkehr-neu-denken-durch-die-Krise-verkehrswende104.html>, ZEIT ONLINE (Hrsg.) (2020): Kommt jetzt die Pandemiebedingte Verkehrswende? Reidl A (Hrsg.). <https://www.zeit.de/mobilitaet/2020-04/radwege-berlin-popup-bikelane-coronavirus-verkehrswende-radfahrer>, SPIEGEL (Hrsg.) (2020): Vier Strategien gegen eine Rückkehr der Luftverschmutzung; Müller J (Hrsg.). <https://www.spiegel.de/auto/corona-lockdown-vier-strategien-gegen-eine-rueckkehr-der-luftverschmutzung-a-892b5e22-e597-4092-9595-308978f0b424>

94 DER TAGESSPIEGEL (Hrsg.) (2020): Friedrichshain-Kreuzberg eröffnet temporäre Spielstraßen. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/strasse-frei-fuer-kinder-friedrichshain-kreuzberg-eroeffnet-temporaere-spielstrassen/25797340.html>

95 nature research (2020): Temporary reduction in daily global CO₂ emissions during the COVID-19 forced confinement; Le Quéré C; Jackson RB; Jones MW (Hrsg.). <https://doi.org/10.1038/s41558-020-0797-x>

gesunken⁹⁶. Dies wird durch die zu erwartende Rezession voraussichtlich länger so bleiben und Käufe werden vermieden oder länger aufgeschoben.

Wegen der geschlossenen Geschäfte nahmen viele Verbraucherinnen und Verbraucher verstärkt den Onlinehandel in Anspruch. In einer Befragung von Mitte April gaben 22 % der Befragten an, in der vergangenen Woche Einkäufe, die sie üblicherweise im stationären Handel tätigen, online erledigt zu haben, und die Mehrheit könnte sich auch vorstellen, das in Zukunft weiterhin zu tun⁹⁷. Zugleich machten sich etwa zur selben Zeit 67 % der befragten Personen Sorgen, dass viele stationäre lokale Geschäfte die Krise nicht überleben werden⁹⁸. Amazon gilt als großer Krisenprofiteur⁹⁹. Zwar ist auch der Umsatz beim Onlinehandel im März im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um knapp 20 % zurückgegangen¹⁰⁰, relativ gesehen sind in vielen Produktbereichen die Rückgänge jedoch deutlich geringer als im stationären Handel. Einer Studie von Anfang April zufolge tätigte ein Viertel der Befragten mehr Online-Käufe als üblich¹⁰¹.

Umweltpolitische Relevanz

Auch beim Einkaufen folgt aus der Notwendigkeit der sozialen Distanzierung ein Ausweichen in die Möglichkeiten des Internets. Es ist zu erwarten, dass die Menge an online gehandelten Produkten dauerhaft auf einem höheren Niveau bleibt als vor der Krise. Der Onlinehandel bringt gegenüber dem stationären Handel gewisse ökologische Vorteile mit sich (Wegfall beheizter Geschäfte und individueller Autofahrten), aber auch Nachteile (mehr Lieferverkehr, erhöhtes Verpackungsaufkommen). In der Klimabilanz scheint er unter dem Strich meist besser abzuschneiden, dies ist jedoch stark von den Rahmenbedingungen im Einzelfall abhängig (z. B.

Verkehrsmittel, Häufigkeit von Retouren und Umgang mit zurückgegebenen Waren beim Händler)¹⁰². Hier allein auf die Umweltwirkungen zu schauen, engt den Blick jedoch zu stark ein. Innenstädte sind wichtige soziale Begegnungsräume und müssen als solche erhalten werden.

Möglich ist auch, dass die erzwungene Konsum-Pause gerade in Verbindung mit dem wohl für die meisten schmerzlicheren Verzicht auf soziale Kontakte dazu anregt, über die Notwendigkeit und das Ausmaß von Neukäufen nachzudenken.

96 tagesschau.de – Norddeutscher Rundfunk (Hrsg.) (2020): Verbraucherstimmung „Im freien Fall“. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/gfk-index-109.html>

97 IFH Köln (Hrsg.) (2020): Corona Consumer Check: Onlinekäufe werden beliebter. <https://www.ifhkoeln.de/pressemitteilungen/details/corona-consumer-check-onlinekaeufer-werden-beliebter/>

98 IFH Köln (Hrsg.) (2020): Corona Consumer Check: Lokaler Einzelhandel im Fokus. <https://www.ifhkoeln.de/pressemitteilungen/details/corona-consumer-check-lokaler-einzelhandel-im-fokus/>

99 tagesschau.de – Norddeutscher Rundfunk (Hrsg.) (2020): Seit Silvester 23,6 Milliarden Dollar reicher; Göpfert A. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/boerse/amazon-bezos-101.html>

100 Bevh – Deutscher E-Commerce Verband (Hrsg.) (2020): Corona-Pandemie führt zu deutlichem Umsatzverlust im Onlinehandel. <https://www.bevh.org/presse/pressemitteilungen/details/corona-pandemie-fuehrt-zu-deutlichem-umsatzverlust-im-onlinehandel.html>

101 DLR – Institut für Verkehrsforschung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (Hrsg.) (2020): DLR-Befragung: Wie verändert Corona unsere Mobilität? Verkehrsmittelnutzung, Einkaufs-, Arbeits- und Reiseverhalten. <https://verkehrsforschung.dlr.de/de/news/dlr-befragung-wie-veraendert-corona-unsere-mobilitaet>

102 Laufendes Vorhaben zur „Ökologisierung des Onlinehandels“ im Auftrag des UBA – Umweltbundesamtes

3. Mögliche strategische Ansätze der Umweltpolitik als Konsequenz aus den gesellschaftlichen Veränderungen durch Covid-19

3.1 Umweltpolitik so ausrichten, dass sie stärker auch soziale Gerechtigkeit fördert

Vor dem Hintergrund der sich durch die Pandemie aller Wahrscheinlichkeit nach verschärfenden sozio-ökonomischen Ungleichheiten könnte die Debatte um monetäre Verteilungswirkungen von Umweltpolitik neue Relevanz bekommen. Darauf sollte Umweltpolitik reagieren, indem sie stärker auf Instrumente setzt, die starken Diskrepanzen im Einkommen bzw. Vermögen entgegenwirkt. Gleichwohl ist es wichtig, den Diskurs über die Verteilungswirkungen bzw. Sozialverträglichkeit von Umweltpolitik nicht auf diesen einen Aspekt zu reduzieren. So rückte im Zusammenhang mit der Ausbreitung der Covid-19-Erkrankung beispielsweise auch die Debatte über die Verteilung von Umweltschäden (Luftverschmutzung) verstärkt in den Blick der Öffentlichkeit.

Breites Verständnis der sozialen Wirkungen von Umweltpolitik

Welchen Anforderungen genau Umweltpolitik genügen muss, damit sie als sozial gerecht gelten kann, ist eine komplexe Fragestellung. Sie kann unter anderem dahingehend unterschiedlich beantwortet werden, welche Aspekte einbezogen werden müssen. Im Allgemeinen sind insbesondere die Verteilung von Umweltbelastungen (wer leidet?), vom Nutzen guter Umweltqualität (wer profitiert?) und von den ggf. anfallenden Kosten für die Erreichung einer guten Umweltqualität (wer trägt die Kosten?) und insbesondere der Zumutbarkeit der Kosten für bestimmte Gruppen relevant.

Das Umweltbundesamt hält eine umfassende und differenzierte Betrachtung der Wirkungen umweltpolitischer Maßnahmen anhand folgender Kategorien für wichtig: Einkommenseffekte, Vermögenseffekte (z. B. Vermögensverluste durch Extremwetterereignisse), Beschäftigungswirkungen, Wirkungen auf die Qualität der Arbeitsplätze und die Qualifikationsanforderungen, Folgen für Gesundheit und Lebensqualität (z. B. Belastung durch Schadstoffe oder Lärm), Zugang zu öffentlichen Gütern (z. B. zu Grünflächen in der Stadt), Bereitstellung umweltschonender Infrastrukturen (etwa für Mobilität, Ernährung und

Wohnen), die soziale Teilhabe und die Befähigung zur Teilhabe („Empowerment“) und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Um ein umfassendes Bild von den sozialen und gesellschaftlichen Wirkungen zu erhalten, sind oft ergänzende Analysen erforderlich, die gruppenspezifische Verteilungswirkungen transparent machen und vulnerable Bevölkerungsgruppen in den Blick nehmen. Hierbei können vor allem folgende Kriterien von Bedeutung sein: Einkommensklassen, Haushaltstypen (Alleinstehende, Familien, Alleinerziehende etc.), Gender, Alter, Bildung, Migrationshintergrund, soziokulturelle Milieus, Belastung der Unternehmen versus Belastung der privaten Haushalte, besonders betroffene Gruppen bei sektorspezifischen Politiken (z. B. Pendler*innen), räumliche Wirkungen (lokal, Stadt/Land, regional). In Betracht zu ziehen sind gegebenenfalls auch internationale und intergenerationelle Verteilungswirkungen.

Umweltschutz kommt in der Regel allen Menschen zugute. Von der Verbesserung der Luftqualität und vom Lärmschutz in besonders belasteten Gegenden profitieren ärmere Menschen überproportional, da sie öfter in solchen Gegenden wohnen (vgl. Abschnitt 2.6).¹⁰³ Insofern kann Umweltpolitik hier einer vorhandenen sozial ungerechten Verteilung entgegenwirken.

Im politischen Diskurs wird Umweltschutz häufig auf die Frage der monetären Kosten für die Erreichung umweltpolitischer Ziele verengt. Umweltpolitische Maßnahmen und Instrumente können finanziell ärmere Haushalte unter Umständen stärker treffen, beispielsweise im Fall von Preisaufschlägen als Steuerungsinstrument ohne flankierende Maßnahmen. Um über monetäre Verteilungswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen zu diskutieren, ist es erforderlich, jede Maßnahme einzeln und umfassend

¹⁰³ Diese soziale Diskrepanz der Umweltbelastung wird unter dem Begriff Umweltgerechtigkeit thematisiert, erforscht und adressiert UBA – Umweltbundesamt (2020): Umweltgerechtigkeit – Umwelt, Gesundheit und soziale Lage. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/gesundheit/umwelteinfluesse-auf-den-menschen/umweltgerechtigkeit-umwelt-gesundheit-soziale-lage>

hinsichtlich ihrer finanziellen Kosten und ihres Nutzens einzuschätzen und zu diskutieren. Die Verallgemeinerung, umweltpolitische Maßnahmen seien generell eine finanzielle Belastung für ärmere Menschen, ist sachlich falsch.

Wie eingangs erwähnt, ist es möglich, dass die (verengte) Debatte um die monetären Verteilungswirkungen von Umweltpolitik aufgrund der negativen sozioökonomischen Folgen der Pandemie sich verstärken wird. Infolgedessen könnte sich einerseits die Akzeptanz für umweltpolitisches Handeln verringern und Maßnahmen, die tatsächlich negative Verteilungswirkungen haben, können einen Konflikt mit sozialpolitischen Zielen erzeugen, wenn sie nicht von flankierenden Maßnahmen kompensiert werden.

Zudem würden solche Maßnahmen einem erweiterten, stärker auf die Idee der Nachhaltigkeit gestützten Verständnis von Umweltpolitik zuwiderlaufen: Das Ziel nachhaltiger Entwicklung ist – über die unstrittig prioritäre Befriedigung von Grundbedürfnissen aller Menschen hinaus – eine intra- und intergenerationell gerechte Verteilung von Chancen zur Bedürfnisbefriedigung. Inwieweit Bedürfnisse befriedigt werden können, hängt von verschiedenen Bedingungen ab, unter anderem auch von den natürlichen Ressourcen, die dafür zur Verfügung stehen.¹⁰⁴ Da der Zugang zu Ressourcen überwiegend über den Markt geregelt wird, hängt er vor allem von der Kaufkraft ab. Wenn umweltpolitische Maßnahmen ärmere Menschen finanziell belasten, wird ihr Zugang zu Ressourcen somit verschlechtert. Die Diskrepanz in der Ressourcennutzung ist vor allem in ihrer globalen Dimension erheblich. Aber auch innerhalb Deutschlands haben Menschen mit hohem Einkommen im Durchschnitt einen höheren Energie- und Ressourcenverbrauch als ärmere Haushalte.¹⁰⁵ Umweltpolitik sollte daher möglichst dazu beitragen, diese Kluft zu schließen, indem sich Ressourcenverbräuche auf einem ökologisch verträglichen Niveau einander annähern.

Umweltpolitische Instrumente sozialverträglich ausgestalten und Synergien mit sozialpolitischen Zielen schaffen

Um umweltpolitische Ziele zugunsten (oder wenigstens nicht zulasten) sozialpolitischer Zielsetzungen zu verfolgen, existieren verschiedene Ansätze und Möglichkeiten. Beispielsweise ist bei der Erhebung umweltbezogener Steuern und Gebühren die Verwendung der Mittel ein zentraler Ansatzpunkt für eine sozialverträgliche Gestaltung. Eine Option hierfür wäre die Finanzierung der Absenkung der EEG-Umlage durch Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung.¹⁰⁶ Eine weitere sind sogenannte „Öko-Bonus“ oder Prämien-Konzepte. Solche Konzepte sehen vor, dass die Einnahmen aus Umweltsteuern in Form pauschaler Pro-Kopf-Beträge (entweder für alle oder nur für Haushalte mit niedrigen Einkommen) zurückerstattet werden. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass Haushalte mit niedrigen Einkommen dadurch unter dem Strich sogar entlastet werden können.¹⁰⁷ Diese Beispiele sind nur ein kleiner Ausschnitt aus einer Vielzahl an Handlungsoptionen, um umwelt- und sozialpolitische Ziele in Einklang zu bringen.

In den Jahren nach der Einführung der ökologischen Steuerreform stieg der Anteil der umweltbezogenen Steuern zunächst an. In den letzten Jahren sank der Anteil umweltbezogener Steuern am Gesamtsteueraufkommen allerdings auf den niedrigsten Wert seit 1995.¹⁰⁸ Daher schlagen wir vor, die ökologische Lenkungswirkung der bestehenden Umweltsteuern zu stärken, ihren Anteil am Gesamtsteueraufkommen wieder zu erhöhen, Ausnahmetatbestände zu reduzieren und weitere Bereiche zu besteuern bzw. mit Abgaben oder Gebühren zu versehen. Über die aktuell erhobenen und bereits beschlossenen Steuern auf Energie und Treibhausgasemissionen und die umweltbezogenen Pkw-Steuern hinaus sollten weitere umweltschädigende oder ressourcenverbrauchende Aktivitäten für eine Besteuerung oder für die Einführung von Abgaben in Betracht gezogen werden. Beispiele hierfür sind eine zweckgebundene Abgabe

¹⁰⁴ Dementsprechend weisen einige Nachhaltigkeitstheoretiker*innen darauf hin, dass das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung die gerechte Verteilung u. a. von Naturressourcen impliziert (Ott, K. & Döring, R. (2014): S. 46; Grunwald, A. und Kopfmüller, J. (2012): Nachhaltigkeit, 2. aktualisierte Auflage. Campus. S. 35; Grunwald, A. (2016): Nachhaltigkeit verstehen – Arbeiten an der Bedeutung nachhaltiger Entwicklung. Oekom Verlag. S. 96

Nach welchen Kriterien eine Verteilung (sowohl im Ergebnis als auch der Prozess des Zustandekommens) als gerecht einzustufen ist, ist damit noch nicht beantwortet und eine Debatte, die wir hier nicht führen können. Wir teilen gleichwohl die weithin verbreitete Auffassung, dass derart große Diskrepanzen in der Ressourcenbeanspruchung nicht gerechtfertigt werden können.

¹⁰⁵ Kleinhüchelkotten, S. et al. (2016): Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen). Hrsg. Umweltbundesamt. UBA Texte 39/2016 <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/repraesentative-erhebung-von-pro-kopf-verbraeuchen>

¹⁰⁶ Burger, A. et al. (2019): CO₂-Bepreisung in Deutschland – Ein Überblick über die Handlungsoptionen und ihre Vor- und Nachteile. Hrsg. Umweltbundesamt https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/factsheet_co2-bepreisung_in_deutschland_2019_08_29.pdf S. 7

¹⁰⁷ Pressemitteilung Nr. 117/19 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vom 05.07.2019: Schulze: CO₂-Preis kann sozial gerecht gestaltet werden. <https://www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-co2-preis-kann-sozial-gerecht-gestaltet-werden/>

¹⁰⁸ UBA – Umweltbundesamt (2019): Umweltbezogene Steuern und Gebühren. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/umweltbezogene-steuern-gebuehren#wirkung-umweltbezogener-steuern>

auf Pflanzenschutzmittel, die zur Finanzierung von Maßnahmen zur Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln genutzt werden könnte und – eingebettet in ein Gesamtkonzept zur Reduzierung der Stickstoffüberschüsse der Landwirtschaft – eine Abgabe auf Stickstoffüberschüsse.

Neue Allianzen mit sozialpolitischen Akteuren etablieren

Sozialpolitische Akteure wie Gewerkschaften sowie Wohlfahrts- und Sozialverbände spielen eine wichtige Rolle bei der Krisenbewältigung und können wesentliche „Mitgestalter“ des gesellschaftlichen Wandels sein. Trotz der unterschiedlichen Kernanliegen haben sich umwelt- und sozialpolitische Akteure in den letzten Jahren an einigen Stellen einander angenähert und beginnen, gemeinsam und mit einer integrierten Zielsetzung zu agieren. Auch im Diskurs über die Ausgestaltung der Corona-Konjunkturprogramme haben sie sich teilweise gemeinsam Gehör verschafft.¹⁰⁹

Allerdings werden sozial- und umweltpolitische Interessen gelegentlich im Diskurs gegeneinander ausgespielt¹¹⁰. Mitunter können sie sich in politischen Prozessen aber auch tatsächlich antagonistisch gegenüberstehen, etwa wenn es um die Exnovation¹¹¹ umweltschädlicher Branchen geht, umweltpolitische Ziele über Preisaufschläge wie Steuern, Abgaben usw. verfolgt werden oder Kosten verursachen, die beispielsweise Mieter*innen aufgebürdet werden.

Allianzen aus Umwelt- und Sozialakteuren sind ein wirksames Mittel, damit die Interessen nicht von anderen Akteuren gegeneinander ausgespielt werden können und verhelfen zudem zu größerer Diskursmacht. Darüber hinaus ist das Fachwissen der Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften usw. über die sozialen Notlagen, sinnvolle Ansatzpunkte sowie zur Effektivität und Akzeptanz von Maßnahmen für eine sozialverträgliche Ausgestaltung von Umweltpolitik wertvoll. Und schließlich können Bündnispartnerschaften helfen, sozialpolitisch motivierte, aber ökologisch in die falsche Richtung wirkende Maßnahmen und Anreize abzubauen und durch sozial-ökologische Lösungen zu ersetzen.

Einem Forschungsvorhaben im Auftrag des UBA („Neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik“) zufolge ist eine solche Kooperation insbesondere in den Politikfeldern „Wohnen“, „Mobilität“ und „nachhaltiger Konsum“ vielversprechend¹¹². Eine im Vorhaben erarbeitete Empfehlung an umweltpolitische Akteure lautet, Kollaborationen zu begünstigen, indem sie auf nationaler und regionaler Ebene Austauschplattformen schaffen. Wichtige Elemente der Kooperation sind ein gemeinsames Problemverständnis, die Kenntnis über existierende Synergien und Zielkonflikte und das Finden gemeinsamer Lösungen.

Im Kontext der Pandemie erscheint u. a. eine Kooperation beim Thema Fleischkonsum und -produktion in mehreren Aspekten vielversprechend: Erstens bei der Kommunikation des Wissens über die Rolle der intensiven Nutztierhaltung in der Entstehung von Zoonosen. Zweites bei der Verbesserung der Bedingungen in der Fleischproduktion (siehe 2.7). Drittens beim Fleischverzehr, der bei sozial benachteiligten Menschen pro Kopf höher liegt¹¹³. Hier könnte ggf. mit Gewerkschaften und Sozialverbänden eine wichtige Diskurs- und Aktionskoalition gebildet werden. Viertens betreiben Sozialverbände selbst viele Einrichtungen mit Essensverpflegung und könnten über eine Erhöhung des Anteils gesunder pflanzlicher Nahrungsmittel einen Beitrag zur ökologischen Entlastung und für die Gesundheit ihrer Klient*innen leisten.

109 Vgl. Der Paritätische Gesamtverband (2020): Konjunkturmaßnahmen müssen ökologisch, sozial und gerecht sein: Fridays For Future, Paritätischer Wohlfahrtsverband und Gewerkschaft ver.di machen Druck auf Bundesregierung; Stilling G (Hrsg.) <https://www.der-paritaetische.de/presse/konjunkturmassnahmen-muessen-oekologisch-sozial-und-gerecht-sein-fridays-for-future-paritaetischer-wo/>.

Der Paritätische Gesamtverband (2020): keine Fehlinvestitionen! BUND und Paritätischer fordern ein Konjunkturpaket für eine sozial-ökologische Wende; Pieper J (Hrsg.). <http://www.der-paritaetische.de/fachinfo/keine-fehlinvestitionen-bund-und-paritaetischer-fordern-ein-konjunkturpaket-fuer-eine-sozial-oekologis/>, Dies gilt allerdings nicht für die Förderung von Autos mit Verbrennungsmotor, wo mehrheitlich Gewerkschaftsinteressen den umweltpolitischen Forderungen entgegenstehen, vgl. IG Metall (2020): IG Metall legt Vorschläge für ein Konjunkturpaket vor. <https://www.igmetall.de/presse/pressemitteilungen/ig-metall-legt-vorschlaege-fuer-ein-konjunkturpaket-vor>

110 „Es wird nicht selten der Versuch unternommen, Klimapolitik gegen Sozialpolitik, die Klimabewegung gegen die soziale Bewegung auszuspielen“, so Ulrich Schneider, der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen. Der Paritätische Gesamtverband (2020): Konjunkturmaßnahmen in der Coronakrise: ökologisch, sozial, gerecht! Schneider U. <https://www.der-paritaetische.de/blog/article/2020/06/02/konjunkturmassnahmen-in-der-coronakrise-oekologisch-sozial-gerecht/>

111 Exnovation bezeichnet das intendierte Beenden, Aufhören und Ausschleusen (*phasing out*) von Praktiken, Technologien, Branchen usw. In Transformationsprozessen sind Exnovationen erforderlich, wenn die Innovationen das bestehende System nicht tiefgreifend verändern können. Dies kann der Fall sein, wenn sie entweder eher marginale Verbesserungen beitragen (systemstabilisierende Innovationen) oder wenn sie zwar radikal sind, sich zum Status quo aber lediglich addieren.

112 IÖW (2020): Neue Allianzen für Nachhaltigkeitspolitik. Projektwebsite: https://www.ioew.de/projekt/neue_allianzen_fuer_nachhaltigkeitspolitik/

113 MRI – Max-Rubner-Institut (2008): Nationale Verzehrsstudie II Teilbericht 2, S. 60 https://www.mri.bund.de/fileadmin/MRI/Institute/EV/NVSII_Abschlussbericht_Teil_2.pdf

3.2 Gesellschaftliche Wohlfahrt resilient machen

Resilienz gegenüber Schwankungen des Wirtschaftswachstums

Die Covid-19-Pandemie zeigt erneut, wie fragil wirtschaftliches Wachstum sein und welch drastische sozioökonomische Folgen eine wirtschaftliche Schrumpfung mit sich bringen kann. Je nachdem, wie langfristig ökonomische Aktivitäten durch die Pandemie eingeschränkt sind, könnten Finanzierungsdefizite im Gesundheits- und Rentensystem auftreten. Ein Rückgang des BIP-Wachstums kann auch jenseits akuter Krisen weitere Ursachen haben, etwa die Alterung der Gesellschaft, Konsumsättigungseffekte und vor allem die Folgen einer unzulänglichen Umwelt- und Klimapolitik¹¹⁴. Inwiefern weiteres kontinuierliches Wirtschaftswachstum in wohlhabenden Ländern unter den Bedingungen der Einhaltung planetarer und lokaler ökologischer Belastungsgrenzen und steigendem Lebensstandard weltweit möglich ist, ist eine Streitfrage, die sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sicher beantworten lässt. Daher erscheint es uns vernünftig, vorsorglich davon auszugehen, dass das BIP in Zukunft sinken kann oder zumindest nicht oder kaum mehr weiterwächst. Unter den gegenwärtigen Bedingungen könnte dies zur Verschärfung von Verteilungskonflikten führen und das Funktionieren gesellschaftlicher Institutionen beeinträchtigen, etwa der Sozialversicherung und der Beschäftigung. Es besteht also ein (indirekter) Zusammenhang zur Lebensqualität der Menschen und der Existenzsicherung. Daher sollten diese gesellschaftlichen Institutionen vorsorglich so umgestaltet werden, dass sie unabhängiger von der Entwicklung des BIP ihren Zweck erfüllen. Dieses Fazit wurde nach intensiven Debatten in dem im Auftrag des UBA durchgeführten Forschungsvorhaben „Ansätze für Ressourcenschonung im Kontext von Postwachstumskonzepten“¹¹⁵ gezogen.

In der Veröffentlichung werden verschiedene Strategien und Instrumente besprochen, mit deren Hilfe diese stärkere „Wachstumsunabhängigkeit“ bzw. „Resilienz“ erreicht werden kann:

- ▶ Förderung des sektoralen Wandels in Richtung Dienstleistungsgesellschaft, so dass eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in Branchen mit geringem Umweltverbrauch und hoher Arbeitsintensität stattfindet.
- ▶ Belastung des Faktors Umwelt, Entlastung des Faktors Arbeit (siehe 3.1), so dass der technologische Wandel in Richtung einer Steigerung der Ressourcenproduktivität wirkt. Demgegenüber würde die Arbeitsproduktivität künftig weniger stark wachsen, so dass künftig weniger neue Jobs benötigt werden würden, um den Wegfall von Stellen auszugleichen.
- ▶ Die Attraktivität der für den Strukturwandel benötigten Berufe ließe sich auch durch bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Entlohnung steigern. Über eine begleitende Kampagne könnte für die Berufe der nachhaltigen Wirtschaft geworben werden.
- ▶ Reduzierung der Regelarbeitszeit, um die Anzahl an Stellen bei (trotzdem) steigender Arbeitsproduktivität konstant zu halten und gleichzeitig den Bürger*innen mehr Zeit für sinnstiftende und kommerziellen Konsum ersetzende Tätigkeiten zu geben.
- ▶ Durch eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge (etwa im Bereich Wohnen und Mobilität) kann Wohlstand auf individueller Ebene unabhängiger gemacht werden vom Einkommen aus Lohnarbeit.
- ▶ In der Renten- und Pflegeversicherung: Anerkennung nicht-marktlich vermittelter Tätigkeiten, etwa über Zeitgutschriftensysteme, so dass diese Sozialversicherungen monetär entlastet werden (wobei hier auf eine geschlechter- und sozialgerechte Verteilung von Care-Arbeit geachtet werden muss)
- ▶ Im Gesundheitssystem: Senkung des Kostendrucks u. a. durch einen stärkeren Fokus auf Prävention von Krankheiten sowie Gesundheitsförderung

Die Wirkung der skizzierten Ansätze ist noch nicht hinreichend erforscht und sie sollten in einer breiten gesellschaftlichen und ressortübergreifenden

¹¹⁴ Einschlägig hat dies der sog. Stern-Report (Stern Review on the Economics of Climate Change) aus dem Jahr 2006 berechnet.

¹¹⁵ Petschow, U. et al. (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen – Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition. (Hrsg. Umweltbundesamt) (<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/vorsorgeorientierte-postwachstumsposition>)

Diskussion geprüft und weiterentwickelt werden. Umweltpolitik sollte die Rolle des Treibenden in der Frage, wie Wachstumsunabhängigkeit am besten erreicht werden kann, einnehmen. Denn wenn eine hinreichende Resilienz gesellschaftlicher Institutionen gegenüber Wachstumsschwankungen erreicht ist, werden vermutlich die mit Blick auf die Überschreitung der planetaren Grenzen erforderlichen politischen Entscheidungen für Einschränkungen ökonomischer Aktivitäten, wie etwa im Flugverkehr, der Braunkohleverstromung, usw. gesellschaftlich leichter fallen.

Bedeutung von intakten ökologischen Systemen für die Resilienz menschlichen Wohlergehens

Die Erkenntnis, dass die Integrität von Ökosystemen und eine hohe Biodiversität eine wichtige Grundlage für die Resilienz menschlichen Wohlergehens darstellt, kann mittlerweile, zumindest in Bezug auf das Klimasystem, als gesellschaftlicher *common sense* gelten. Beispielsweise stellen die Dürreperioden eine für jeden erkennbare Gefahr für die Lebensmittelversorgung dar. Und die globale Ausbreitung von Zoonosen wie die des SARS-CoV-2, die durch die ökologische Degradation begünstigt wird, und die Ausbreitung von Erregern wie dem West-Nil-Virus, die durch den Klimawandel ermöglicht wird, stellen neue ernst zu nehmende Gesundheitsrisiken dar.

Dennoch beobachten wir in einigen aktuellen Debattenbeiträgen, dass Resilienz auf die Frage stabiler Lieferketten reduziert wird. Es ist selbstredend, dass hier die Rolle von Umweltpolitik ist, auf die Relevanz resilienter Ökosysteme hinzuweisen. Hierzu könnte beispielsweise – wie bereits zu Beginn der Pandemie durch das BMU¹¹⁶ – aktuelle Pressearbeit erfolgen, die den Zusammenhang zwischen der jetzigen Resilienzdiskussion im Zuge der Pandemie und einschlägigen Studien¹¹⁷ über die Bedeutung von intakten Ökosystemen für das menschliche Wohlergehen herstellt.

3.3 Der One-Health-Ansatz

Unser heutiges Wirtschaften und unser Lebensstil sind gekennzeichnet durch die Übernutzung der natürlichen Ressourcen, die Verursachung des menschengemachten Klimawandels sowie den Verlust von wertvollen Habitaten und Biodiversität und damit verbundenen Folgen. Hinzu kommen demographische, wirtschaftliche und technologische Veränderungen. Dieser Wandel greift tief in die Wechselbeziehung zwischen Mensch, Tier und Umwelt ein und stellt eine ernsthafte Bedrohung für die globale Nachhaltigkeit und das Wohlergehen dar. Dadurch ist auch die menschliche Gesundheit mit neuen und komplexen Risiken konfrontiert.

Die zoonotischen Infektionskrankheiten der letzten Jahre (zum Beispiel MERS, SARS, Ebola, Covid-19) sind wie die Klima- und Biodiversitätskrise eine direkte Folge menschlicher Aktivitäten. Laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen sind 75 % aller neu auftretenden Infektionskrankheiten Zoonosen, wobei jährlich weltweit durchschnittlich drei neue Infektionskrankheiten auftreten.¹¹⁸ Zudem wird geschätzt, dass bei Säugetieren und Wasservögeln noch 1,7 Millionen unbekannte Viren existieren, die Menschen potenziell infizieren und demnach die nächste Krankheitswelle auslösen könnten¹¹⁹. Das Übergreifen von Krankheitserregern von Tieren auf Menschen und deren rasante Ausbreitung wird insbesondere auf die ungebremsste Abholzung, intensive Landnutzung (beispielsweise für landwirtschaftliche Nutzung oder Siedlungs- und Verkehrsflächen), Bergbau, Ausbeutung, unregulierten Handel von wildlebendem Arten, die explosionsartige Zunahme des weitweiten Flugverkehrs und den Klimawandel zurückgeführt. Diese Entwicklungen sind eng verknüpft mit unzureichendem Umwelt- und Klimaschutz.

Der „One-Health“-Ansatz ist ein integratives Konzept, das berücksichtigt, dass die menschliche Gesundheit eng verknüpft ist mit tierischer Gesundheit, einer gesunden Umwelt, Lebensmittel- und Ernährungs-

116 Pressemitteilung Nr. 053/20 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vom 02.04.2020: Weltweiter Naturschutz kann Risiko künftiger Seuchen verringern. <https://www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-weltweiter-naturschutz-kann-risiko-kuenftiger-seuchen-verringern/>

117 z. B. IPBES (2019): The global assessment report on Biodiversity and Ecosystem Services - Summary for policy makers. https://ipbes.net/sites/default/files/202002/ipbes_global_assessment_report_summary_for_policymakers_en.pdf, Manca, A. R. et al. (2018) Building a Scientific Narrative Towards a More Resilient EU Society – Part 1: a conceptual framework. JRC Report 2017, JRC 106265; Diaz, S. et al. (2018): Assessing nature's contributions to people Science Vol. 359, Issue 637, pp. 270–272

118 UNEP – United Nations Environmental Programme (Hrsg) (2020): Preventing the next pandemic – Zoonotic diseases and how to break the chain of transmission. <https://www.unenvironment.org/resources/report/preventing-future-zoonotic-disease-outbreaks-protecting-environment-animals-and>

119 UNEP – United Nations Environmental Programme (Hrsg) (2020): Science points to causes of COVID-19. <https://www.unenvironment.org/news-and-stories/story/science-points-causes-covid-19>

sicherheit sowie landwirtschaftlichen Praktiken¹²⁰. Um den One-Health-Ansatz zum Erfolg zu bringen, ist eine interdisziplinäre Zusammenarbeit essentiell. Zwar wird im One-Health-Ansatz die wichtige Bedeutung von Umwelt und Klima anerkannt sowie die Notwendigkeit der institutionellen Zusammenarbeit. Es ist aber zu beobachten, dass One Health vorrangig im Bereich (Veterinär-)Medizin und Lebensmittel diskutiert und erforscht wird¹²¹. In Bereichen des Umwelt- und Klimaschutzes hat er bisher wenig Beachtung gefunden, obwohl Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen hier maßgebliche Beiträge leisten bzw. leisten können, um frühzeitig die Entstehung von Zoonosen und die Ausbreitung von krankheitsübertragenden oder antibiotikaresistenten Organismen zu verhindern.

Daher sollte sich Umwelt- und Klimapolitik zum einen stärker mit dem One-Health-Ansatz auseinandersetzen, um hier Anknüpfungspunkte herauszuarbeiten und um thematische Zusammenhänge im Bereich Umwelt und Gesundheit zu stärken (beispielsweise Gesundheit und Klimawandel, stoffliche Risiken im Zusammenhang mit Gesundheit, Biodiversität und Ökosystemleistung). Dies umfasst auch Fragen zur gendergerechten Herangehensweise¹²² im One Health Ansatz sowie Fragen der Umweltgerechtigkeit. Zum anderen sollte für eine bessere Steuerung in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen zuständigen Ressorts (Behörden, Ministerien) ausgebaut werden. Auf behördlicher Ebene bietet sich etwa an, dass das Robert-Koch-Institut, das Friedrich-Loeffler-Institut, das Bundesinstitut für Risikobewertung und das UBA enger miteinander kooperieren, um den One-Health Ansatz über die Deutsche Antibiotika-Resistenzstrategie¹²³ hinaus national und international zu stärken. Eine ressortübergreifende Zusammenarbeit ist ausschlaggebend für die Entwicklung von integrativen, zielführenden und kohärenten Maßnahmen und eine effiziente Umsetzung dieser Maßnahmen. Die Zusammenarbeit im Rahmen von One Health kann darüber hinaus

auch dazu beitragen, bei ressortübergreifenden Entscheidungen die Akzeptanz von Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz zu erhöhen.

3.4 Neue Dynamik und Aufmerksamkeit in einzelnen Handlungsfeldern nutzen

Die Krise hat kurzfristig eine Vielfalt an Veränderungen der Rahmenbedingungen für Umweltpolitik bewirkt. Solche situativen Handlungsbedingungen ergeben sich aus wechselnden politischen, ökonomischen und informationellen Situationen und Ereignissen und beinhalten sowohl Chancen als auch Hemmnisse für umweltpolitische Anliegen¹²⁴.

An die Veränderungen und Erfahrungen, die sich aufgrund der Pandemie ergeben haben und auf die eine sozial-ökologische Transformation aufbauen kann, sollte Umweltpolitik unmittelbar und schnell anknüpfen. Unseres Erachtens sind es vor allem die folgenden Themen und Handlungsfelder, bei denen umweltpolitisch jetzt eine neue Dynamik besteht:

Ernährungssystem

Eine besondere, bisher noch weitgehend ungenutzte Gelegenheit für die Umweltpolitik besteht u. E. darin, im Pandemie-Diskurs die Zusammenhänge zur Nutztierhaltung aufzuzeigen. Da es plausibel ist, dass Antibiotikaresistenzen die Bedingungen für die Behandlung von Sekundärinfektionen von Virus-epidemien und -Pandemien verschlechtern (siehe 2.7), ergibt sich daraus ein wichtiges diskursives Momentum für die umweltpolitische Forderung, den Antibiotikaeinsatz auf ein medizinisch notwendiges Maß zu reduzieren und Vorsorge gegen die Entwicklung von Resistenzen zu treffen.¹²⁵ Gleiches gilt für das gestiegene Bewusstsein für die Rolle der Zerstörungen von Habitaten als Risikofaktor für die Entstehung von Zoonosen. Hier sollten umweltpolitische Akteure auf die entscheidende Rolle der Nutztierhaltung mit ihrem hohen Flächenbedarf hinweisen, und dies als einen weiteren, aktuellen Grund für die Notwendigkeit, tierische Lebensmittel stärker durch pflanzliche Alternativen zu ersetzen, benennen.

120 Lebov et al. (2017): A framework for One Health research. One Health Vol.3, pp 44–50;
Queenan et al. (2017): Roadmap to a One Health Agenda 2030. CAB Reviews 12, No.014

121 Zoonosen – Nationale Forschungsplattform für Zoonosen (2020): <https://www.zoonosen.net>, ELSEVIER (2020): One Health. <https://www.journals.elsevier.com/one-health>

122 Friedson-Ridenour et al. (2019): Gender Analysis for One Health: Theoretical Perspectives and Recommendations for Practice. EcoHealth 16, 306–316

123 DART – Deutsche Antibiotika-Resistenzstrategie (2020): Antibiotikaresistenzen vermeiden. https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Praevention/Broschueren/DART2020_4_Zwischenbericht_2019_DE.pdf

124 M. Jänicke, Umweltpolitik, 2003

125 RKI – Robert Koch Institut (Hrsg.) (2019): Das One-Health-Konzept. <https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/Antibiotikaresistenz/One-Health/One-Health-Konzept.html>; UBA – Umweltbundesamt (Hrsg.) (2016): Konzepte zur Minderung von Arzneimittelrückständen aus der landwirtschaftlichen Tierhaltung in die Umwelt. (https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/publikationen/fachbroschuere_tam_final.pdf)

Die aktuell gestiegene Sorge um die Resilienz der Versorgung mit Lebensmitteln sollte v. a. dafür genutzt werden, die Resilienz von Agrarsystemen gegenüber den Folgen des Klimawandels zu erhöhen. Dies sollte durch die Erprobung und Ausweitung von ökologisch aufwertenden Maßnahmen und Ansätzen wie Untersaaten, agrarökologische Konzepte, Agroforstsysteme, humusaufbauende Praktiken usw. erfolgen. Auch durch eine stärkere Schließung von Nährstoffkreisläufen kann die Resilienz erhöht werden, weil die Abhängigkeit von externen Inputs reduziert wird.¹²⁶

Der im öffentlichen Diskurs diskutierte Impuls, die Versorgung stärker zu regionalisieren, kann unter bestimmten Bedingungen, wie einer stärker pflanzlichen und saisonalen Ernährung, mit ökologischen Vorteilen in der Region verbunden sein, etwa wenn die Vielfalt angebaute Kulturen in den durch Differenzierung monoton gewordenen Agrarlandschaften dadurch gesteigert wird.^{127 128} Allerdings wird die Regionalisierung als Strategie zur Verringerung der Umweltwirkungen des Ernährungssystems häufig überschätzt – letztlich ist das Was und Wie der Produktion entscheidend und weniger das Wo.¹²⁹ Und im Hinblick auf die Resilienz gegenüber regionalen Missernten im Kontext des Klimawandels ist der Handel ein wichtiges Mittel zur Erhöhung von Resilienz.

Mobilität und verkehrsbedingte Luftschadstoffe/Lärm

Notwendige Veränderungen bei stark belasteten Verkehrswegen sollten angegangen (ggf. vorgezogen) werden, solange die positiven Erinnerungen an die niedrige Verkehrsbelastung noch präsent sind. Gesundheitliche Verbesserungen für die Bevölkerung sollten dabei in der Argumentation einen zentralen Platz haben. Die Chance der Experimente im Bereich

Rad- und Fußverkehr sollte genutzt werden, um hier Angebote auszubauen und die Diskussion über die Verteilung des Straßenraumes zu intensivieren.

Wichtig ist insbesondere, dass der Imageschaden bei den öffentlichen Verkehrsmitteln durch das Infektionsrisiko nicht von Dauer ist und nach der Krise nicht dauerhaft mehr Menschen auf eigene PKWs umsteigen. Hierzu bedarf es einer Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie von Carsharing-Angeboten, sowie ggf. einer Imagekampagne. Angesichts möglicher Ansteckungen (auch mit anderen Infektionskrankheiten) im öffentlichen Verkehr kann auch argumentiert werden, dass u. a. der ÖPNV stärker ausgebaut werden muss, um dicht besetzte Pendlerzüge zu vermeiden.

Der Einbruch des Flugverkehrs sollte genutzt werden, insbesondere kürzere Flüge unter 1000 km dauerhaft zu reduzieren¹³⁰, die für die Bewältigung der Klimakrise ohnehin eingedämmt werden müssen. Dadurch von Arbeitsplatzverlust betroffene Personen und Berufsgruppen sollten bei der Entwicklung und dem Aufbauen von alternativen Einkommensmöglichkeiten unterstützt werden.

Homeoffice und grüne Digitalisierung

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird die aktuelle Krisenerfahrung zu einem Digitalisierungsschub führen. Zur Vermeidung von Verkehr während der Stoßzeiten kann das Arbeiten von Zuhause aus einen wichtigen Beitrag leisten. Es wird geschätzt, dass bei ca. einem Viertel der Arbeitsverhältnisse dauerhaft teilweise im Homeoffice gearbeitet werden kann¹³¹. Damit Mehrfachausstattungen den ökologischen Nutzen nicht zunichtemachen, sollte von Arbeitgebern eine Doppelausstattung mit Computern möglichst vermieden (z. B. durch Nutzung eines privaten PC mit VPN-Zugang oder Nutzung nur eines Notebooks oder Mini-PCs für Zuhause und Büro) und auch eine effiziente Nutzung von Arbeitsräumen (bei häufigem Homeoffice z. B. die geteilte Nutzung von Büroräumen) sollte geprüft werden.

126 Iied – International Institute for Environment and Development: Building resilient food systems. <https://www.iied.org/building-resilient-food-systems>

127 Diese Schlussfolgerung hat exemplarisch ein Landwirt in den USA umgesetzt. Dort wurden in Reaktion auf die Pandemie verschiedene Gemüsesorten anstelle einer Zwischenfrucht zum selber ernten angebaut. Civileats: Most farmers in the great plains don't grow fruits and Vegetables. The Pandemic is changing that. <https://civileats.com/2020/05/12/most-farmers-in-the-great-plains-dont-grow-fruits-and-vegetables-the-pandemic-is-changing-that/>

128 Wunder, S. et al. (Hrsg. Umweltbundesamt) (2019): Rural Urban Nexus – Globale Landnutzung und Urbanisierung: Integrierte Ansätze für eine nachhaltige Stadt-Land-Entwicklung. [https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/rural-urban-nexus-globale-landnutzung-urbanisierung_bzw_Rural-Urban-Nexus_\(Projektwebsite\)](https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/rural-urban-nexus-globale-landnutzung-urbanisierung_bzw_Rural-Urban-Nexus_(Projektwebsite)). <https://rural-urban-nexus.org/>

129 Our World in Data (2020): You want to reduce the carbon footprint of your food? Focus on what you eat, not whether your food is local; Ritchie H (Hrsg.). <https://ourworldindata.org/food-choice-vs-eating-local>

130 Wie dies beispielsweise Frankreich bereits für Inlandsflüge der Air France getan hat, vgl. ZEIT ONLINE (Hrsg) (2020): Klimafreundlich aus der Krise <https://www.zeit.de/mobilitaet/2020-06/fluggesellschaften-klimaschutz-corona-krise-politische-vorgaben-kurzstreckenfluege-ideen#2-verbot-von-kurzstreckenfliegen>

131 SPIEGEL (Hrsg) (2020): „Für Pendler fallen 20 bis 40 Prozent der Arbeitswege weg“. <https://www.spiegel.de/auto/verkehrswende-in-corona-zeiten-fuer-pendler-fallen-20-bis-40-prozent-der-arbeitswege-weg-a-0cb69df1-f095-46e3-9fcc-126e273e6407>

Arbeitnehmer*innen sollten über die Möglichkeiten, das Homeoffice umweltfreundlich zu gestalten, informiert werden.

Dienstreisen durch Telefon- oder auch Videokonferenzen zu ersetzen, ist fast immer ökologisch sehr vorteilhaft¹³² und hilft Familien für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung. Die Akzeptanz dafür könnte nun deutlich größer als vor Beginn der Covid-19-Pandemie sein. Hierfür ist die weitere Verbesserung der Infrastruktur und Ausstattung in Behörden und Unternehmen notwendig.

Die Potenziale, den Onlinehandel umweltfreundlicher zu gestalten, sollten aufgrund von dessen durch die Krise erneut gestiegener Bedeutung ausgeschöpft werden¹³³.

Im Zuge der weiteren Digitalisierung gewinnen auch die weiteren Green-IT-Themen an Relevanz: Die Energie- und Ressourceneffizienz von Rechenzentren und der Netz-Infrastruktur ist erheblich zu steigern, die Energieeffizienz der verwendeten Software ist zu beachten, die Langlebigkeit und Nutzungsdauer von Endgeräten ist zu steigern und Software sollte eine lange Nutzung von Geräten zulassen. Auch die mit der weiteren Digitalisierung einhergehende Expansion bei der Nutzung bestimmter Ressourcen muss beobachtet und hinterfragt werden sowie die Kreislaufführung kritischer Rohstoffe aus Elektronikprodukten deutlich verbessert werden.

¹³² Es gibt auch Grenzfälle, beispielsweise eine sehr kurze Fahrt mit der Bahn im Vergleich zu einer längeren Videokonferenz über ein Tool mit hohem Energieverbrauch. Genaue Daten für den Energieverbrauch durch Videokonferenzen liegen uns jedoch derzeit noch nicht vor und die Rechenzentren und die Software der Videokonferenz-Anbieter unterscheiden sich hier vermutlich deutlich.

¹³³ Vgl. hierzu das laufende UBA-Vorhaben zur „Ökologisierung des Onlinehandels“ (2019–2021).

4. Weiterentwicklung des umweltpolitischen Gesellschaftsverständnisses und der Umweltkommunikation

Wie die Analyse gezeigt hat, offenbaren die Pandemie und die Strategien zu ihrer Bewältigung umfangreiche Einblicke in die soziale Verfasstheit unserer Gegenwartsgesellschaft. Vor allem wurde deutlich, dass die Covid-19-Pandemie zuallererst eine große Herausforderung für die Gestaltung öffentlicher Kommunikation darstellt. Diese Herausforderung bezieht sich dabei nicht nur auf ein engeres Verständnis der Risikokommunikation im Rahmen des politischen Krisenmanagements zur Abwehr der konkreten Bedrohungslage und der Abfederung der ökonomischen und sozialen Folgewirkungen, sondern in einem erweiterten Verständnis gleichzeitig auch auf einen weitreichenden politischen und gesellschaftlichen Modernisierungsdiskurs.

Vor dem Hintergrund der Analyse ergeben sich erste Hinweise für die Weiterentwicklung der strategischen Umweltkommunikation sowie der Umweltpolitik:

Fokus: Verteilungs- und Chancengerechtigkeit

Durch die Covid-19-Pandemie sind die vielfältigen sozialen Spannungslinien innerhalb der Gesellschaft offensichtlich geworden und haben bestehende und neue Gerechtigkeitsfragen prominent in das Zentrum öffentlicher Auseinandersetzungen gerückt. Auch wenn es in der aktuellen Phase noch eher um Fragen der Abfederung der ökonomischen und sozialen Kosten zur Bewältigung der Krise handelt, schwingen gleichzeitig zunehmend immer mehr Fragen nach der Berücksichtigung von Aspekten der Chancengerechtigkeit mit. Hierbei geht es weniger um einen klassischen, auf Verteilungswirkungen bezogenen Lastenausgleich, sondern um die Frage nach realen Verwirklichungsbedingungen von zukünftigen Lebenschancen, also um die aktive politische Gestaltung von Zugangschancen und Möglichkeiten. Die zunehmende Ökonomisierung des Sozialen hat in den letzten Jahren verstärkt zu einer Reduktion von Zugangs- und Entwicklungschancen innerhalb der Gesellschaft (was als „Paternoster-Effekt“ beschrieben wurde¹³⁴) durch eine verstärkte Erosion sozialer

Aufstiegchancen bei gleichzeitiger Erhöhung des Anteils prekärer Lebensverhältnisse geführt. Durch Covid-19 und die Eindämmungsmaßnahmen könnte dieser Form der „Prekarisierung“ und auch einer weiteren Benachteiligung von Frauen weiterer Vorschub geleistet werden. Für die Umweltpolitik insgesamt, wie aber auch mit Blick auf die Weiterentwicklung der strategischen Umweltkommunikation, ergibt sich somit die Herausforderung einer noch viel stärkeren gesellschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung der Umweltpolitik, die noch mehr als bisher auf Fragen der Verteilungs-, Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit zukunftsweisende Antworten finden muss (vgl. Abschnitt 3.1).

Fokus: Demokratisierung und politische Teilhabe

Die Corona-Krise hat eindrucksvoll vor Augen geführt, wie wichtig die Frage nach einer weiterführenden Demokratisierung der Lebensverhältnisse in Deutschland, Europa und weltweit ist. Das heißt, dass weitere Möglichkeiten für politische Teilhabe und gesellschaftlichen Interessenausgleich zu schaffen sind, insbesondere mit Blick auf die durch den akuten „Ausnahmestand“ bedingten Einschränkungen und tiefgreifenden Eingriffe. Insbesondere wenn es zukünftig durch die Verwirklichung von umweltpolitischen Zielsetzungen zu möglichen Auseinandersetzungen über Einschränkungen von Freiheitsrechten bzw. ethisch-moralische Grundsatzentscheidungen kommen sollte, bedarf dies erweiterter Möglichkeiten politischer Teilhabe und neuer Formen gesellschaftlicher Konsensbildung. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Konfliktlagen muss die Umweltpolitik mit Blick auf ihre eigene gesellschaftliche Legitimierung zukünftig verstärkt einen konstruktiven Weg für eine weiterführende „Demokratisierung der Demokratie“¹³⁵ finden, um beobachteten regressiven Tendenzen der „Entdemokratisierung“ entschieden entgegenzutreten. In diesem Sinne benötigt die Umweltpolitik einen verstärkten (und vor allem erneuerten) ethischen Diskurs über gesellschaftspolitische Leitbilder

134 Vgl.: Andreas Reckwitz: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Edition Suhrkamp 2019 (4. Auflage 2020)

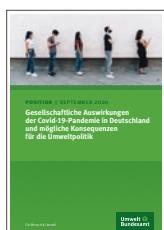
135 Philip Manow: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay. Edition Suhrkamp 2020

angesichts globaler Krisenhaftigkeit und neuer Zivilisationsherausforderungen, die mit der Etablierung und Verwirklichung einer Kultur der Nachhaltigkeit im Sinne der 2030-Agenda einhergehen. Die Corona-Krise hat schon jetzt deutlich gezeigt, dass hier noch ein weiter Weg unter möglicherweise verschärften Rahmenbedingungen zu gehen sein wird.

Fokus: Kommunikation politikrelevanter wissenschaftlicher Ergebnisse

Die Krisenkommunikation und die gesellschaftlichen Reaktionen darauf sind ein interessantes Lehrstück für die Umweltpolitik. So wurde beispielsweise die Kommunikation der Einschnitte in Wirtschaft und Privatleben stets von Auftritten von Virolog*innen begleitet, die für die Bevölkerung noch einmal die

wissenschaftlichen Grundlagen zusammengefasst haben. Ähnliche Auftritte beispielsweise von Klimaforscher*innen und Umweltökonom*innen wären auch für die Begleitung breitenwirksamer umweltpolitischer Maßnahmen vorstellbar, um eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung zu erreichen. Es wäre sinnvoll, die Krisenkommunikation der Politik, die Entwicklung der öffentlichen Wahrnehmung der Wissenschaft in der Krise und die zunehmende Verbreitung von Verschwörungsmythen detailliert zu analysieren, um weitere praktische Hinweise auch für die Kommunikation von Umweltpolitik abzuleiten. Auch für die Umweltpolitik ist es wichtig, die Bevölkerung nicht an Verschwörungsmythen zu verlieren und einen Umgang mit solchen Tendenzen zu entwickeln, der einer Ausbreitung entgegenwirkt.



► **Unsere Broschüren als Download**
Kurzlink: bit.ly/2dowYYI

 www.facebook.com/umweltbundesamt.de
 www.twitter.com/umweltbundesamt
 www.youtube.com/user/umweltbundesamt
 www.instagram.com/umweltbundesamt/